Zeitschrift der Bundes-Arbeitsgemeinschaft
der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.

VITAKO AKTUELL

vitako.de

04|2022

REGIONALAUSGABE

LECOS

OZG NACHFOLGE INITIIEREN

VOR ORT
ITOF 2022

MEDIENERZIEHUNG
DISPLAYS FÜR KITAS

ROLLOUT-PROZESS
BEDARF IM FOKUS

SCAN-CENTER
ERNEUT ZERTIFIZIERT

Patrick Burghardt, Hessischer Staatssekretär
OZG ALS STARTPUNKT FÜR GRUNDLEGENDE VERWALTUNGSREFORM

Torsten Wunderlich, Ausschussvorsitzender DIHK
OZG-UMSETZUNG BRAUCHT RESSOURCEN UND MUT

Sabine Griebsch, CDO Anhalt-Bitterfeld
RESILIENTE VERWALTUNGEN FÖRDERN

Bechtle – Ihr Partner für intelligente Verwaltung.

„Smart City heißt: Relevante Informationen für eine beschleunigte und nachhaltige Stadtentwicklung gewinnen. So können Gemeinden und Kommunen bessere Entscheidungen etwa bei Bauvorhaben oder der Verkehrsplanung treffen. Im Mittelpunkt einer jeden intelligenten Stadt steht der Mensch."

Claudius Schaufler,
Senior Expert Smart City, Bechtle

„Planung, Projekt und Betrieb miteinander zu verzahnen ist eine Kernkompetenz von Bechtle. Nutzen Sie unsere Stärken, um Smart City Projekte schnell und effizient für Ihre Bürgerinnen und Bürger umzusetzen."

Thorsten Beuchel,
Leiter Public Sector, Bechtle Dortmund
thorsten.beuchel@bechtle.com

Titelbild: BS/stock.adobe.com Porträts: BS/Bechtle

bechtle.com

**Ihr starker IT-Partner.
Heute und morgen.**

BECHTLE

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Ende des Monats läuft die Frist zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ab. Auch wenn wesentliche Ziele verfehlt werden: Es ist nicht der Zeitpunkt, in Moll zu verfallen. Erstens müssen wir die vor uns liegenden Aufgaben beherzt angehen. Denn vor dem Hintergrund der multiplen Herausforderungen, vor denen Staat und Gesellschaft stehen, ist die Verwaltungsdigitalisierung dringlicher denn je. Zweitens bin ich der Meinung, dass wir alle – Kommunen, Länder und Bund ebenso wie die IT-Dienstleister – in den vergangenen Jahren viel dazu gelernt haben. Wenn auch vielfach auf eine schmerzliche Art und Weise.

Mit dieser Ausgabe der VITAKO aktuell wollen wir wichtige Learnings aus den vergangenen Monaten sowie Perspektiven für die Zukunft aufzeigen. Zu den Kardinalfehlern zählt aus meiner Sicht, dass die Kommunen rund um das Thema Finanzierung der OZG-Leistungen weitgehend allein gelassen wurden. Das darf sich nicht wiederholen. Um diese wichtige Diskussion voranzutreiben, hat VITAKO einen Finanzierungsvorschlag erarbeitet. Der Grundgedanke: Neben einem Grundbetrag sollen Kommunen, die ihre Verwaltungen in besonderer Weise digitalisieren, zusätzliche Mittel erhalten. Ein Anreizmechanismus, der aus unserer Sicht erfolgsversprechend ist. Es wäre wünschenswert, wenn hierzu Bund und Länder bald das Gespräch aufnehmen.

Als externe Stimmen konnten wir unter anderem Staatssekretär Patrick Burghardt, CIO und Bevollmächtigter für eGovernment und Informationstechnologie des Landes Hessen, gewinnen. Seine Kernaussage: Die OZG-Umsetzung ist nicht gescheitert, sondern stellt den Startpunkt für eine grundlegende Reform der Verwaltung dar. Und Torsten Wunderlich, Ausschussvorsitzender für Informations- und Kommunikationstechnologie der DIHK, betont, dass die Kommunen nachhaltig zu ertüchtigen sind, um digitale Prozesse abzubilden – und dass es mehr Mut und Pragmatismus als in der Vergangenheit bedarf.

Mut und Pragmatismus sind aus meiner Sicht für 2023 tatsächlich zwei hervorragende Stichworte. Was gut gelaufen ist, sollten wir weiter vorantreiben. Was nicht so gut gelaufen ist, sollten wir möglichst schnell besser machen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

Dr. Rolf Beyer ist Vorsitzender des VITAKO-Vorstands.

SCHWERPUNKT: OZG

6 LEITARTIKEL
WIE ES 2023 WEITERGEHEN SOLLTE
Die ehrgeizigen OZG-Ziele werden klar verfehlt, Gründe sind insbesondere ein falscher Ansatz bei der Finanzierung und mangelndes Verständnis für die kommunalen Realitäten. Wie soll es jetzt weitergehen?

8 LÄNDERPERSPEKTIVE
OZG ALS STARTPUNKT FÜR EINE GRUNDLEGENDE VERWALTUNGSREFORM
Das OZG hat die Digitalisierung der Verwaltung deutlich beschleunigt, so der hessische Staatssekretär Patrick Burghardt im Gastartikel. Und: Das OZG hat einen Kulturwandel eingeläutet – ein extrem wichtiger Schritt.

10 KOMMUNALE OZG-UMSETZUNG
ERTÜCHTIGUNG VON KOMMUNEN NÖTIG
Thorsten Wunderlich, Ausschussvorsitzender der DIHK, kritisiert, dass den Kommunen mit dem OZG zu viele Aufgaben aufgebürdet wurden, ohne sie entsprechend auszustatten. Worauf es neben der Ressourcenfrage nun ankommt: Mut und Pragmatismus.

12 NEUE SERIE: KOMMUNE DER ZUKUNFT
OZG-KOMPASS ALS WEGWEISER
Mit dem OZG hätten in letzter Konsequenz rund 8.000 Einzelleistungen digitalisiert werden müssen. Um Orientierung zu wahren, hat das kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe einen OZG-Kompass bereitgestellt.

14 NEUE SERIE: KOMMUNE DER ZUKUNFT
DIGITALISIERUNG IN DEN REGIONEN GESTALTEN
DigitalHubs und InnovationsHubs: Mit seinen Innovationszentren fördert dataport.kommunal die Digitalisierung im ländlichen Raum – und versteht sich dabei als Teil der digitalen Daseinsvorsorge.

16 INTERVIEW
RESILIENZ ALS ANTWORT AUF CYBERANGRIFFE
Anhalt-Bitterfeld war 2021 unzureichend auf Cyberattacken vorbereitet, attestiert Sabine Griebsch, CDO des Landkreises. Im Interview spricht sie über Versäumnisse im Vorfeld, schwierige Diskussionen – und wichtige Lehren.

18 DIGITALE VERWALTUNG
IMPACT DER VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG
Digitale Verwaltungsprozesse sparen über 5 Milliarden Euro pro Jahr ein. Hanno Kempermann, Geschäftsführer von IW Consult, plädiert im Gespräch mit Dr. Ralf Resch für gesellschaftliche Offenheit, um bei der Digitalisierung mehr PS auf die Straße zu bringen.

20 SERIE: WAS LERNEN WIR AUS DER KRISE?
KRISENSZENARIEN PRÄVENTIV ANGEHEN
Peter Kühne, Geschäftsführer von Lecos, leitet die PG Krisenszenarien bei VITAKO. Über Motive, Zielsetzungen und Arbeitsabläufe spricht er ausführlich im Interview. Seine Erfahrung lehrt ihn: „Es passieren die unwahrscheinlichsten Dinge."

22 EURITAS
EUROPÄISCHE CLOUD JETZT VORANTREIBEN!
Europas Verwaltungen werden zukünftig mit zahlreichen Leistungen in die Cloud umziehen. Für Dr. Ralf Resch, Präsident von EURITAS, kommt es jetzt darauf an, eine europäische Cloud-Struktur zu definieren, die den europäischen Werten und Zielen entspricht.

24 GOVDIGITAL
DEUTSCHE VERWALTUNGSCLOUD ANSTOSSEN
Eine Koordinierungsstelle soll Cloud-Transformationen der öffentlichen Verwaltung voranbringen. Ziel ist es, ein Portfolio erster buchbarer Services aufzustellen, die über die Inhouse-Kette der govdigital bezogen werden können.

25 NETZTALK
DURCHSTARTEN

26 SPOTLIGHT

28 MELDUNGEN
EGOVERNMENT MONITOR 2022 ERSCHIENEN

30 OZG-CHECK

32 UMFRAGE

34 TERMINE

DAS ENDE DES OZG… UND WIE ES 2023 WEITERGEHEN SOLLTE!

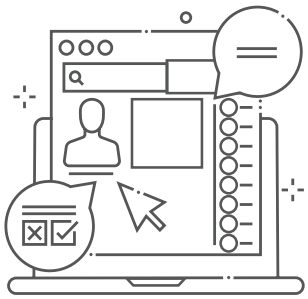
Rückblick. Am 14. August 2017 verabschiedet der Bundestag das Onlinezugangsgesetz (OZG). Bis Ende 2022 sollen die Kommunen insgesamt 575 Kernleistungen online anbieten. Aufbruchstimmung macht sich breit: Verwaltungen und Ämter gründen Arbeitsgruppen, führen Workshops durch. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren sich, machen Überstunden, reiben sich auf. Umso größer die Ernüchterung: Die ehrgeizigen OZG-Ziele werden klar verfehlt, Gründe sind insbesondere ein falscher Ansatz bei der Finanzierung und mangelndes Verständnis für die kommunalen Realitäten. Wie soll es weitergehen?

DIGITALE VERWALTUNG = FUNKTIONIERENDE VERWALTUNG

Aus meiner Sicht steht außer Frage, dass wir die Verwaltungsmodernisierung brauchen. Und zwar dringend. Krieg und Vertreibung, Energienotstand und Klimawandel, Rezession und Fachkräftemangel: Staat und Verwaltungen stehen unter wachsendem Druck. Umso wichtiger ist es, die Digitalisierung als Spiegelbild einer funktionierenden Verwaltung und eines leistungsstarken Staates voranzutreiben. Erfolge an dieser Stelle steigern die Wertschätzung von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber unserem demokratischen Rechtsstaat. Auch bei den Bürgern steigen Ungeduld und Erwartungen: Zeigten sich 2012 immerhin 62 Prozent der Deutschen mit dem Online-Angebot ihrer Kommune zufrieden, sind es nun deutlich unter 50 Prozent.

OZG-NACHFOLGE-GESETZGEBUNG INITIIEREN

Dass die Verwaltungsdigitalisierung neuen Schub erfordert, sollte damit unstrittig sein. Jetzt ist der Zeitpunkt, um die so wichtige OZG-Nachfolgegesetzgebung zu diskutieren. Welche Lehren lassen sich dafür aus den vergangenen Jahren ziehen? Wie so oft hängt vieles am Geld. Und hier haben Bund und Länder 2017 einen Kardinalfehler begangen: Sie waren sehr gut darin, den Kommunen vorzuschreiben, was sie bis wann alles zu erledigen hatten. Aber sehr schlecht darin, ihnen Finanzierungswege aufzuzeigen. Bund und Länder hätten die finanziellen Belastungen, die das OZG für die Kommunen bereitgehalten hat, nicht ignorieren dürfen. Fakt ist: Kommunen ohne Geld können nicht in das notwendige Know-how investieren und zwingend notwendige Fachleute einstellen.



ONLINE-ANGEBOTE: ZUFRIEDENHEIT SINKT

ANTEIL DER DEUTSCHEN, DIE MIT DEM ONLINE-ANGEBOT IHRER STADT ODER KOMMUNE ZUFRIEDEN SIND

Quelle: eGovernment Monitor 2021

FINANZIERUNGSFRAGE KLÄREN

Ein solcher Fehler darf sich nicht wiederholen. VITAKO hat zahlreiche Gespräche mit Fachleuten aus Verwaltung und Politik, Wissenschaft und Wirtschaft rund um das Finanzierungsthema geführt. Konsens: Wir brauchen eine bedarfsgerechte und langfristig tragfähige Lösung. Als Ansatz hat sich ein erfolgsorientiertes

STARKE HEBELWIRKUNG

Für jeden Euro Wertschöpfung in den VITAKO-Mitgliedsunternehmen spart die Gesellschaft 3,29 Euro ein.

Quelle: IW, 2022

Finanzierungsmodell herausgebildet, das die Einwohnerzahl ebenso berücksichtigt, wie den tatsächlichen Digitalisierungsgrad der Kommunen.

Um die zwingend notwendige Finanzierungsdiskussion voranzutreiben und eine Vorstellung des notwendigen Budgets zu erhalten, haben wir einen konkreten Vorschlag erarbeitet. Erstens sollten demnach Bund und Länder die kommunale Verwaltungsdigitalisierung mit einem Grundbetrag von 5 Euro pro Einwohner bezuschussen. Hier muss betont werden, dass die Gelder direkt an Städte, Gemeinden und Landkreise fließen müssen und diese sich wiederum zu einem zweckgebundenen Einsatz verpflichten. Zweitens sollte dieser Grundbetrag um einen variablen Posten ergänzt werden. Jede Kommune muss darlegen, wie hoch der Anteil digital umgesetzter Verwaltungsvorgänge tatsächlich ist. Je höher, desto mehr Geld gibt es. Im Optimalfall steigt der Zuschuss auf bis zu 10 Euro pro Einwohner.

INVESTITIONEN ZAHLEN SICH AUS

Die Kommunen erhalten damit einen klaren Anreiz, die Verwaltungsdigitalisierung voranzutreiben. Bund und Länder wiederum können die Kosten in Höhe von maximal 1,3 Milliarden Euro pro Jahr klar kalkulieren. Insgesamt darf sich der Staat auf ein gutes Geschäft einstellen: Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) erzeugt jeder investierte Euro einen Wertschöpfungseffekt in Höhe von zusätzlich 3,29 Euro.

DREI WEITERE WÜNSCHE...

Die Finanzierung ist der wichtigste, aber nicht der einzige zwingend notwendige Baustein für die Verwaltungsdigitalisierung. Drei weitere Punkte treiben mich in besonderer Weise um. **Erstens:** Stellt die kommunale Realität in den Mittelpunkt! Die Kommunen erbringen rund 80 Prozent aller Verwaltungsleistungen, ihre Bedürfnisse müssen der Dreh- und Angelpunkt sein – was bei der bundeszentrierten OZG-Perspektive nie der Fall war. Dabei ist auch die Aufgabenteilung klar zu regeln – der IT-Planungsrat entwickelt die Gesamtstrategie, die FITKO managt wesentliche Prozesse, die IT-Dienstleister verantworten die Umsetzung in den Kommunen. **Zweitens:** Priorisiert! Welche zehn Verwaltungsfachverfahren versprechen den größten Nutzen und sind mit den vorhandenen Ressourcen umsetzbar? Diese sollten im Rahmen eines konkreten Masterplans als erstes angegangen werden. **Drittens:** Nutzt leistungsstarke Basiskomponenten, und zwar verpflichtend! Nach wie vor kommen erprobte und qualitätsgeprüfte Komponenten wie der elektronische Personalausweis oder ePayment-Lösungen nicht flächendeckend zum Einsatz. Absurd. Neue Standards und Infrastrukturen sollten nur dann zugelassen werden, wenn sie eine Lücke füllen oder echte Verbesserungen ermöglichen.

Nein, es war nicht schön, nach der Anfangseuphorie das Scheitern des OZG verfolgen zu müssen. Und ja, ich bin mir sicher, dass wir alle daraus die richtigen Schlüsse ziehen – und dass der nächste Anlauf ein Erfolg wird!

VITAKO-Positionspapier zur OZG-Nachfolgegesetzgebung
bit.ly/vitako-ozg

Dr. Ralf Resch ist Geschäftsführer von VITAKO.

OZG: STARTPUNKT FÜR EINE GRUNDLEGENDE VERWALTUNGS-REFORM

Das Ziel, das Onlinezugangsgesetz (OZG) bis Ende 2022 umzusetzen, war angesichts der Vielzahl an Leistungen und Beteiligten äußerst ambitioniert. Aber auch, wenn das Ziel nicht erreicht wird, ist die Digitalisierung der Verwaltung nicht gescheitert. Im Gegenteil, sie hat richtig Fahrt aufgenommen, und die in den vergangenen Jahren grundlegend geschaffenen Strukturen tragen dazu bei, dass die Umsetzung nun zügiger vonstattengehen kann.

Eine gute Zusammenarbeit über die Ländergrenzen und Verwaltungsebenen hinaus ist in diesem Kontext unabdingbar. Die Zusammenarbeit innerhalb Hessens, auch mit den Kommunen und Landkreisen sowie im föderalen Kontext bundesweit funktioniert größtenteils. Der IT-Planungsrat hat mit der föderalen OZG-Umsetzung nach dem EfA-Prinzip („Einer für Alle") einen enormen Impuls für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern und insbesondere der Länder miteinander gesetzt. Alle Länder arbeiten mit Hochdruck an der Fertigstellung der eigenen Leistungen und der EfA-Leistungen des Themenfelds – und an der Schaffung von technischen, rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Strukturen zur Nachnutzung von EfA-Leistungen anderer Bundesländer.

„IT funktioniert am besten, wenn sie einheitlich bereitgestellt wird. In diesem Zusammenhang ist auch eine Verständigung mit Bund, Ländern und Kommunen, wer welche Kosten der Digitalisierung trägt, unabdingbar."

HÜRDEN BEI DER OZG-UMSETZUNG ÜBERWINDEN

Dabei sind in der Umsetzung zahlreiche juristische, technische und organisatorische Hürden aufgetaucht, die „nebenbei" ausgeräumt werden mussten und immer noch werden. Hier muss man sich eingestehen, dass die föderale Struktur, das Ressortprinzip, aber auch die kommunale Selbstverwaltung und die riesige Anzahl an Akteuren in einem so großen Land wie Deutschland ein koordiniertes, abgestimmtes Vorgehen oft erschwert haben. Verschiedene Gesetze wie das eGovernment-Gesetz oder das Onlinezugangsgesetz bilden Rechtsrahmen, die an manchen Stellen nicht optimal sind. Unterschiedliche Regelungen zu Datenschutz und Barrierefreiheit oder Schriftformerfordernis zwingen zu Kompromissen oder aufwändigen technischen und organisatorischen Lösungen. Fehlende verbindliche Standards und zentrale Lösungen stellen im gleichen Maße wie klare finanzielle Verantwortlichkeiten eine Herausforderung dar, gerade auch bei der Nachnutzung von länderübergreifenden Lösungen und Anwendungen im Kommunalbereich. Hier mussten viele Absprachen getroffen und Zugeständnisse gemacht werden, um die eigentliche Arbeit, die Digitalisierung von Anträgen, erledigen zu können.

OZG 2.0: DISKUSSION BEGINNT

Hierbei ist wichtig zu beachten, dass die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland nicht gelingen wird, wenn weiterhin das Prinzip der „Kleinstaaterei" herrscht und damit die Vernetzung von Prozessen, welche die Digitalisierung

Patrick Burghardt ist Staatssekretär bei der Hessischen Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, Chief Information Officer und Bevollmächtigter der Landesregierung für E-Government und Informationstechnologie.

„Fehlende verbindliche Standards und zentrale Lösungen stellen im gleichen Maße wie klare finanzielle Verantwortlichkeiten eine Herausforderung dar, gerade auch bei der Nachnutzung von länderübergreifenden Lösungen und Anwendungen im Kommunalbereich."

ausmachen, erschwert. Daher ist das EfA-Prinzip auch zukünftig ein essenzielles Instrument, wie wir aus den jetzt gemachten Erfahrungen gelernt haben. Wir müssen daher zwingend bessere Rahmenbedingungen herstellen. Ein erster Schritt dahin erfolgt über die vorgesehene Novelle des OZG. Aber auch im Zuge des IT-Planungsratsvorsitzes im Jahr 2023 will Hessen die Zusammenarbeit weiter voranbringen. Die Diskussionen und Abstimmungen zum Folgegesetz OZG 2.0, an denen sich Hessen in gebührender Weise beteiligt, beginnen gerade erst.

Der vorliegende erste Stand des Gesetzesentwurfs ist sicherlich ein guter erster Aufschlag, der in den kommenden Wochen noch ergänzt und ausgearbeitet werden muss. Was dem Entwurf jedoch fehlt, ist eine Aussage zur strategischen Ausrichtung der Verwaltungsdigitalisierung in den nächsten Jahren. Wo wollen wir hin? Wie kommen wir zu durchgehend digitalisierten Anträgen? Ein nicht unwesentlicher Aspekt in diesem Kontext ist: IT funktioniert am besten, wenn sie einheitlich bereitgestellt wird. Man wird also diskutieren müssen, wie weit eine Vereinheitlichung gehen kann, ohne unsere föderalen, demokratischen Grundsätze in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Verständigung mit Bund, Ländern und Kommunen, wer welche Kosten der Digitalisierung trägt, unabdingbar.

GRUNDLEGENDE VERWALTUNGSREFORM ANSTOSSEN

Dennoch bleibt festzuhalten, dass viele Herausforderungen inzwischen gemeistert werden konnten und die Digitalisierung in den vergangenen zwei Jahren einen Schub bekommen hat. Die OZG-Umsetzung ist nicht gescheitert, im Gegenteil. Sie stellt den Startpunkt für eine grundlegende Reform der Verwaltung dar, auch im Sinne eines modernen Arbeitgebers für die zukünftige Personalgewinnung. Wichtige Strukturen wurden geschaffen, ein Verständnis für modernes Verwaltungshandeln innerhalb der Verwaltung wurde gelegt, Fachpersonal eingestellt und geschult, länderübergreifende technische Infrastrukturen etabliert und viele rechtliche Hürden beseitigt. Daher liegt neben der eigentlichen Umsetzung auch ein Fokus darauf, dass die föderale Umsetzung nach dem EfA-Prinzip funktioniert und die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit für kommende Digitalisierungsprojekte, wie zum Beispiel die Registermodernisierung oder die Umsetzung der Single Digital Gateway-Verordnung (SDG), gelegt ist.

Das mag von außen betrachtet zunächst nur wie ein kleiner Schritt wirken, aber wer die Verwaltung von innen kennt, weiß, dass hier ein Veränderungsprozess im Sinne eines Kulturwandels zu einer modernen und digitalen Verwaltung angestoßen wurde. Und das ist vor dem Hintergrund der kommenden Projekte und notwendigen Entwicklungen ein extrem wichtiger Schritt.

„WIR MÜSSEN DIE KOMMUNEN ENDLICH ERTÜCHTIGEN."

Digitale Verwaltung kann gerade für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) erhebliche Entlastungen bringen. Torsten Wunderlich zeigt auf, was es braucht, damit Digitalisierung und die Umsetzung des OZG gelingen – und wie Politik und Wirtschaft dabei noch besser zusammenarbeiten können.

Wie schätzen Sie die bisherige OZG-Umsetzung ein?

Torsten Wunderlich: Es gibt Fortschritte, aber bisher nicht den Durchbruch. Das wird mir zum Beispiel klar, wenn ich mit Flüchtlingen aus der Ukraine spreche. Sie verstehen gar nicht, wofür wir noch Papier brauchen. Das läuft in der Ukraine längst digital ab. In der Ukraine, wohlgemerkt! Die können gar nicht glauben, dass gerade in Deutschland die Digitalisierung hinterher hängt und Papier/Medienbrüche die Prozesse dominieren. Grundsätzlich brauchen wir endlich eindeutige Unternehmensidentitäten und die Möglichkeit für Unternehmen andere zu bevollmächtigen bzw. ein Mandat zu erteilen und die Beschleunigung der aktuell laufenden Registermodernisierung, die noch etliche Jahre in Anspruch nehmen wird. Keine leichte Aufgabe, das gebe ich zu. Aber beides kann ein Game Changer sein, auf den nahezu alle anderen Prozesse im OZG aufsetzen. Bei diesen Top-Themen brauchen wir ein einheitliches Vorgehen, Standards und Schnittstellen, die die Digitalstrategie der Bundesregierung aufgreift.

Was sind aus Ihrer Sicht wesentliche Gründe, warum die fristgerechte OZG-Umsetzung gescheitert ist?

Eines vorweg: Es liegt nicht am Bemühen der Beteiligten! Alle wollen eine digitale Verwaltung, von daher sollten wir uns vor Schuldzuweisungen hüten. Ursächlich für das Scheitern sind aus meiner Sicht drei Dinge:

Erstens, anstatt die Prozesse zu digitalisieren, haben wir eine Pflicht geschaffen, einen Antrag digital einreichen zu können. Andere Länder digitalisieren einen Prozess und bauen die Dienstleistungen sukzessive aus. Wir sind einen anderen Weg gegangen, das rächt sich.

Zweitens, das Wimmelbild der Zuständigkeiten: Beim Thema Digitalisierung mischen so viele Akteure wie bei keinem anderen Thema mit – und das auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Das ist die Kehrseite des Föderalismus. Überlegen Sie mal: Von Arbeitnehmern wird erwartet, dass sie bundesweit mobil sind – aber ihre Kinder erwartet in jedem Bundesland ein mitunter spezifisches Schulsystem. Und auch im eGovernment ist das mitunter zu beobachten – es werden etablierte, länderspezifische Prozesse „elektrifiziert", dann gibt es ein hübsches digitales Frontend, aber die Prozesse dahinter haben nicht selten noch Fax-Niveau.

Drittens, die digitale Verwaltung ist Aufgabe der Kommunen, denn die bieten die allermeisten Bürgerdienstleistungen an. Aber ausgerechnet die Kommunen haben die schlechteste Ausstattung an Fachleuten und die wenigsten Mittel. Diejenigen, denen wir am meisten aufbürden, verfügen nicht über die notwendigen Ressourcen – absurd.

Welche Prozesse sollten aus Sicht kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) am dringlichsten digitalisiert werden?

Es gibt für Unternehmen nicht pauschal die zwei/drei Prozesse, die „mal eben" zu digitalisieren sind. Dafür sind die Branchen-Anforderungen auch zu unterschiedlich. Auffällig ist aber, dass jene, die ihre Rechnungs- und Buchhaltungsprozesse digitalisiert haben, schneller bei der Digitalisierung vorankommen,

„Wir können nicht weiter mit viel Aufwand und Geld gegen strukturelle Defizite arbeiten. Es braucht also auch den Mut, strukturelle Defizite nicht nur zu erkennen, sondern eben auch zu beheben."

Torsten Wunderlich

DIHK
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Torsten Wunderlich ist Vorsitzender des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie der DIHK und leitet das DATEV Informationsbüro Berlin.

auch, weil der Mehrwert bei der Unternehmensführung deutlich spürbar ist und zu weiteren Schritten motiviert. Weiterhin ist wichtig, dass IT-Sicherheit und System-Resilienz bei jedem Digitalisierungsschritt mitgedacht werden, nachträglich sind Korrekturen hier aufwendiger.

Was braucht es, um rascher voranzukommen?

Wir müssen die Kommunen nachhaltig ertüchtigen. Sie müssen digitale Prozesse abbilden, die einem Konzept folgen, dass Landes- und Bundesanforderungen berücksichtigt. Der Wille ist dort vorhanden, aber es fehlt an Budget und Fachleuten – abgesehen davon, dass die Kommunen aktuell noch mit Parallelthemen wie Energiekrise, Krieg und Corona zu kämpfen haben. Dass man da nicht mal eben nebenbei die gesamte IT modern und in Abstimmung mit der restlichen Republik aufsetzen kann, ist verständlich.

Wir brauchen aber auch mehr Mut und Pragmatismus als in der Vergangenheit. Schon aufgrund des demografischen Drucks. Wenn in zehn Jahren die Generation der Boomer in Rente geht, werden wir gar nicht mehr die Leute haben, um die Verwaltung in den bisherigen Prozessen abzubilden. Im Endeffekt wird die Technik lösen müssen, was wir an Fachkräften in der Verwaltung nicht mehr haben. Wir müssen jetzt – wo die Boomer noch arbeiten – überlegen, wie das zu lösen ist.

Welchen Beitrag kann die Wirtschaft leisten?

Die Wirtschaft hat bei der Verwaltungsdigitalisierung sehr ähnliche Interessen wie die Politik, da widerspricht sich wenig. Unser aller Ziel ist eine Digitalisierung mit einem volkswirtschaftlichen Mehrwert und Wertschöpfungspotenzialen, die auch im internationalen Wettbewerb und als Standortvorteil wirken. Die Wirtschaft könnte mehr leisten, wenn staatliche IT-Infrastruktur leistungsfähiger wäre, aber sie darf nicht darauf warten, dass der Staat mal eben die Volkswirtschaft digitalisiert. Allerdings: Wenn es keinen passenden Rechtsrahmen gibt (zum Beispiel bei der Schriftformerfordernis), geht die Wirtschaft nicht voran, das ist in Deutschland anders als beispielsweise in den USA, wo die Wirtschaft auch bereit ist, auch mal Rechtsrahmen zu unterlaufen oder gerichtlich prüfen zu lassen.

In anderen Ländern, wie Dänemark, wird die Verwaltungsdigitalisierung viel selbstverständlicher in Kooperation mit privaten Anbietern umgesetzt. Wurde ein Anbieter ausgewählt, der den Anforderungen nicht entspricht, wird er ausgewechselt, ohne dass das skandalisiert wird. Einfach pragmatisch.

Welche Wünsche haben Sie an die Politik im Hinblick auf digitale Verwaltung?

Was ich mir am meisten wünschen würde, wäre eine abgestimmte Koordination und gemeinsames Vorangehen zwischen den verschiedenen Ebenen. Wir brauchen verbindliche Standards und Schnittstellen. Es braucht eine vernetzte Digitalisierungsplanung, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen einbezieht und notwendige Ressourcen zuordnet. Solch ein Bekenntnis wäre ein Signal und würde vielen Playern auch wieder Antrieb geben, einen neuen Anlauf zu nehmen. Wir sollten Prozesse, nicht User Interfaces digitalisieren. Wo notwendig, sollten wir die relevanten Rechtsrahmen zügig überarbeiten. Und wir können nicht weiter mit viel Aufwand und Geld gegen strukturelle Defizite arbeiten. Es braucht also auch den Mut, strukturelle Defizite nicht nur zu erkennen, sondern eben auch zu beheben.

NEUE SERIE

KOMMUNE DER ZUKUNFT

Die fristgerechte Umsetzung des OZG ist vorerst gescheitert. Dazu hat auch die hohe Komplexität der Vorgaben beigetragen, wie Jan-Hendrik Reese, OZG-Projektleiter beim Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz), weiß. In unserer neuen Serie erklärt er, wie krz Kommunen hilft, die OZG-Umsetzung zu managen.

TEIL 1
KRZ: OZG-KOMPASS

TEIL 2
DATAPORT: DIGITALHUBS

OZG-KOMPASS: WIR FÜHREN KOMMUNEN DURCH DIE OZG-UMSETZUNG

Bis Ende 2022 hätten die Kommunen in Deutschland knapp 600 Bürgerleistungen digital umsetzen müssen. Dahinter verbergen sich fast 8.000 Einzelleistungen, wie Jan-Hendrik Reese weiß. „Beispielsweise gliedert sich die OZG-Leistung ‚Reisepass' in Unterthemen wie Reisepass beantragen, Reisepass verlängern, verlorenen Pass ersetzen und so weiter." Ihn wundert nicht, dass insbesondere kleine Kommunen von der Menge und Komplexität erschlagen sind.

ÜBERSICHT IM OZG-DSCHUNGEL

Mit dem OZG-Kompass hilft das krz Kommunen, die digitale Umsetzung zu verwalten. Jan-Hendrik Reese: „Alle rund 8.000 Einzelleistungen sind im Kompass abgebildet, das gibt es in dieser Tiefe nirgendwo anders." Verwaltungsmitarbeitende sehen zudem nur die Leistungen, die für ihre Kommune bzw. ihren eigenen Fachbereich relevant sind. Zuständigkeiten, Umsetzungsstände, Fallzahlen und Prioritäten können arbeitsteilig hinterlegt werden.

Gesprächspartner war Jan-Hendrik Reese, OZG-Projektleiter beim krz.

Hinzu kommt: Neben umzusetzenden OZG-Leistungen zeigt der OZG-Kompass auch eine Liste an digitalen Lösungen, die es am Markt bereits gibt. Jan-Hendrik Reese: „Wir matchen das sozusagen. Kommunen sehen, welche Angebote zu ihren Lücken bereitstehen. Einerseits pflegen wir zentral Lösungen ein, andererseits können Kommunen selber Lösungen einpflegen und damit das Angebot an OZG-Lösungen erweitern. Im OZG gibt es genug zu tun und wir möchten keine Ressourcen für eine Dritt- oder Viertentwicklung verschwenden."

ENTWICKLUNGSZEIT: 2 JAHRE!

Ausschlaggebend für die Entwicklung war 2018 eine Arbeitsgruppensitzung vom krz mit seinen Verbandskommunen. Jan-Hendrik Reese: „Die Kommunen und wir wussten seinerzeit gar nicht genau, welche der 8.000 Leistungen überhaupt kommunal umzusetzen sind – ganz konkret unterscheidet der Umsetzungskatalog des IT Planungsrates nicht zwischen Typ a und b Leistungen. Das haben wir nachgeholt."

Der Prozess hat insgesamt zwei Jahre erfordert. „Das Ergebnis waren damals Excel-Tabellen mit 500.000 ausgefüllten Zellen in diversen Versionsständen", lacht Jan-Hendrik Reese. Da kam es ihm recht, dass einer der Auszubildenden gerade ein Thema für seine Abschlussarbeit suchte. „Ich habe ihm die Excel-Tabellen rübergeschoben und meinte: Vielleicht kannst du ja eine datenbankgesteuerte Anwendung entwickeln, damit jeder auf den aktuellsten Stand zugreifen kann." Aus der Idee wurde der OZG-Kompass, der den Verbandskommunen von krz seit 2020 zur Verfügung steht. Die Entwicklung hat das krz in Eigenregie realisiert. Das Tool wird fortlaufend agil entwickelt, Anregungen und Wünsche von Nutzenden werden regelmäßig berücksichtigt. Und der ehemalige Auszubildende hat für seine Abschlussarbeit an der Bestenehrung von der IHK Lippe zu Detmold teilgenommen.

ADVERTORIAL

CYBERSICHERHEIT IN ZEITEN DES OZG

DEN HACKER IN DIE DIGITALE QUARANTÄNE SCHICKEN

Kommunale Rechenzentren und IT-Dienstleister müssen ihre Kunden gegen Ransomware-Angriffe absichern. Solche Erpresserangriffe nehmen zu und gefährden das gesamte kommunale IT-Netzwerk. Ein virtueller Browser bietet den effektivsten Schutz.

Anfang Juli 2021 fiel die Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld einem schweren Cyberangriff zum Opfer. Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen war nachhaltig eingeschränkt. Der Landkreis rief den Katastrophenfall aus. Auch nach Monaten war noch kein Regelbetrieb möglich. Das ist kein Einzelfall: Im Oktober 2021 erbeuteten kriminelle Hacker Daten der Stadt Witten und veröffentlichten diese im Netz. Für Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürger haben solche Angriffe weitreichende Folgen – von der Einstellung von Sozialleistungen bis zum Leak ihrer persönlichen Daten.

Das Fatale: Wird eine Stadt angegriffen, können die Hacker in die IT-Netze weiterer Städte gelangen, wenn diese über den selben IT-Dienstleister gehostet werden. Kommunale IT-Dienstleister sind nicht nur deshalb dringend gefordert, Kommunen vor Cyber-Angriffen zu schützen.

PHISHING WIRD IMMER PROFESSIONELLER

In den meisten Fällen handelt es sich um sogenannte Ransomware-Attacken – also Erpressungsangriffe, die Daten verschlüsseln oder abziehen und dann ein Lösegeld fordern. Das Einfallstor ist das Internet. Links werden über Phishing-Emails versendet, die vertrauenswürdig aussehen, deren Aktivierung jedoch einen Angriff initiiert. Mitarbeiterschulungen reichen als Schutz nicht mehr aus, da Phishing immer professioneller und authentischer wird. Eine Antivirensoftware ist auch keine Lösung, da sie nur Malware erkennt, die bereits bekannt ist, nicht aber die sogenannten „Zero-Day-Exploits". Bleibt der Weg, den Internetzugang vollständig einzuschränken. In Zeiten des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und von digitalen Bürgerservices wäre das ein fataler Rückschritt.

WIRKSAMER SCHUTZ MIT VIRTUELLEM BROWSER

Mit einem virtuellen Browser, der die Netzwerke konsequent trennt, lässt sich das Internet wirksam absichern. Der „R&S®Browser in the Box" von Rohde & Schwarz Cybersecurity schließt die Sicherheitslücke „Internet" über eine „digitale" Quarantäne für Hackerangriffe: Die Ransomware-Software wird isoliert, bevor sie ausgeführt werden kann. Dadurch hat die Schadsoftware zu keinem Zeitpunkt Zugriff auf den Arbeitsplatz oder die sensible Netzwerkinfrastruktur. Dieser Mechanismus schützt auch vor Angriffen via E-Mail-Anhängen und bietet gleichzeitig Unterstützung für Webkonferenzen mit Mikrofonnutzung und Webcam. Der Schutz wirkt in beide Richtungen: Es kann keine Schadsoftware über das Internet auf den Rechner gelangen – aber auch selbst, wenn Malware auf einem anderen Weg auf den PC gelangt, ist es nicht möglich, Daten über das Internet abzugreifen (Data Leakage Prevention). Mit einem solchen virtuellen Browser können Kommunen die Digitalisierung sicher vorantreiben.

Daniel Heck, Vice President Marketing bei Rohde & Schwarz Cybersecurity
Email: cybersecurity@rohde-schwarz.com

NEUE SERIE

KOMMUNE DER ZUKUNFT

TEIL 1
KRZ: OZG-KOMPASS

TEIL 2
DATAPORT: DIGITALHUBS

DigitalHubs und InnovationsHubs – mit seinen Innovationszentren fördert dataport.kommunal die Digitalisierung im ländlichen Raum. Wie das funktioniert, erläutern Diana Martinic, Geschäftsfeldentwicklerin, sowie Olaf Stepputat, Abteilungsleiter von dataport.kommunal.

WIR GESTALTEN DIE DIGITALISIERUNG IN DEN REGIONEN

Ein Schaufenster in der Innenstadt, hinter der Glasscheibe liest man in großen orangen Buchstaben „Digitale Zukunft entsteht hier". So zeigt sich der DigitalHub von dataport.kommunal in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Oldenburg. Tritt man ein, gelangt man in einen hellen Eingangsbereich, daran angeschlossen mehrere Räume, die für Veranstaltungen oder als Co-Working-Space genutzt werden. „Wir wollen die Digitalisierung in Regionen bringen", sagt Olaf Stepputat. „Als größter öffentlicher IT-Dienstleister in Deutschland sehen wir unsere Innovationszentren als Teil der digitalen Daseinsvorsorge."

KONKRETER MEHRWERT

Aktuell betreibt dataport.kommunal neun dieser Zentren in vier Bundesländern. Weitere sind in Planung. Jeder Hub – der Vereine, Unternehmen und Bürger*innen gezielt einbindet – hat wiederum einen Schwerpunkt, etwa Gesundheit, Tourismus oder Mobilität. Diana Martinic: „Digitale Anwendungen bieten gerade abgelegenen Regionen enorme Chancen." Als Beispiele nennt sie die kontaktlose Medikamentenlieferung per Drohne sowie einen Ärzte-Shuttle für ältere Menschen, der mit einer Online-Vereinbarung von Arztterminen verknüpft werden soll – beide Projekte werden aktuell konkret in den Hubs entwickelt. „Vorhandene Ressourcen können so besser genutzt und eine schnelle Versorgung der Patienten gewährleistet werden."

Ein drittes Beispiel ist die Parkplatz-App dParkingPartner, die im DigitalHub Rendsburg entstanden ist. Nutzer sehen in der App über eine dynamische Anzeige, wo freie Parkplätze sind und können diese gezielt ansteuern. Olaf Stepputat: „Inzwischen bietet dataport.kommunal die App deutschlandweit an, das Interesse ist groß. Mit intelligenter Verkehrslenkung wird die Umwelt geschont und es entstehen auch neue Arbeitsplätze."

Gesprächspartner waren Diana Martinic, Geschäftsfeldentwicklerin, sowie Olaf Stepputat, Abteilungsleiter Kommunale Geschäftsfeldentwicklung von dataport.kommunal.

ENGAGEMENT VON DATAPORT.KOMMUNAL

Die Innovationszentren werden von dataport.kommunal finanziert. Darüber hinaus stellt der IT-Dienstleister die Infrastruktur zur Verfügung und ermöglicht eine völlig neue Vernetzung in den Regionen und zwischen den Hubs. So werden Erfahrungen geteilt, Impulse verstärkt und gemeinsame Projekte, unter anderem mit Hochschulen, realisiert. Diana Martinic: „Hier entsteht eine Community für Digitalisierung in Regionen, das ist fantastisch."

KDO
IT für Kommunen

„AUF DERARTIGE AUSWIRKUNGEN WAREN WIR NICHT VORBEREITET."

Am 9. Juli 2021 ruft der Landkreis Anhalt-Bitterfeld den Katastrophenfall aus. Grund: Cyberkriminelle sind in die IT-Systeme der Verwaltung eingedrungen, haben Daten verschlüsselt und kurz darauf persönliche Daten von Kreistagsmitgliedern ins Darknet gestellt. Bis heute ein einmaliger Fall in Deutschland, die Verwaltung kämpft noch immer mit den Folgen. Sabine Griebsch, externe Chief Digital Officer des Landkreises, über Versäumnisse im Vorfeld, schwierige Diskussionen – und wichtige Lehren.

Frau Griebsch, wie haben Sie den Tag des Angriffs erlebt?
Der Anruf aus der IT kam um 6.45 Uhr. Es waren Unregelmäßigkeiten von Mitarbeitenden gemeldet worden. Man ging zunächst von einem kleinen Sicherheitsvorfall aus, Routine für die IT-Abteilung. Das gesamte Ausmaß wurde uns erst nach mehreren Tagen bewusst, als praktisch alle Systeme lahmgelegt waren – das mobilisiert die Energiereserven! Der damalige Landrat hat dann den Katastrophenfall ausgerufen und das BSI, das LKA, das Land und später die Bundeswehr hinzugezogen.

Wie konnte die Cyberattacke ein derartiges Ausmaß erreichen?
Ich muss klar sagen: Wir waren auf einen derartigen Angriff nicht vorbereitet. Ursächlich war vermutlich eine klassische Phishing-Mail. Der Klick einer Mitarbeiterin genügte und die Schadsoftware war im System. Unsere IT-Systeme verfügten damals weder über eine Netzwerksegmentierung noch wurde eine Multi-Faktor-Authentifizierung erzwungen. Zahlreiche Mitarbeitende hatten die Berechtigung zum Installieren von Software – was sich aufgrund der geographischen Gegebenheiten und den damit verbundenen langen Fahrwegen über die Jahre eingeschlichen hatte. Das hat sich massiv ausgewirkt. Hinzu kam: Wegen fehlenden privaten Handynummern konnten wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht informieren und vor dem Hochfahren ihrer Rechner warnen.

Cyberangriffe richten sich immer häufiger gegen Kommunen. Viele Gemeinden, Städte und Landkreise waren bereits betroffen. Häufig stehen kriminelle Motive hinter den Angriffen. Sicherheitslücken sind dabei die häufigsten Einfallstore für Schadprogramme. Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld war der erste, der aufgrund einer Cyberattacke den Katastrophenfall ausrufen musste – ein nie dagewesener Vorgang.

Waren die Sicherheitslücken im Vorfeld bekannt?
Ja. Bereits vor dem Vorfall wurde ein Gefährdungspotential festgestellt. Die Entscheider haben das allerdings unterschätzt und die Mittel für IT-Sicherheit und Infrastruktur stetig gekürzt.

Der Landkreis hat den Angriff sehr offen kommuniziert. War das richtig?
Ich bin davon überzeugt. Die Kommunikation verlief anfangs auch nicht reibungslos. Schon wenige Stunden nach dem Angriff fragte die Presse bei uns an, wann die Verwaltung wieder arbeiten könne. Da wir selbst noch kein Bild von der Lage hatten, konnten wir nur vage Antworten geben. Aber unsere Kommunikation war immer transparent und ehrlich. Das rate ich auch anderen Kommunen. Nur durch Austausch können sich Verwaltungen gegenseitig auf Sicherheitslücken hinweisen.

„Resilienz ist das Schlüsselwort."

Sabine Griebsch

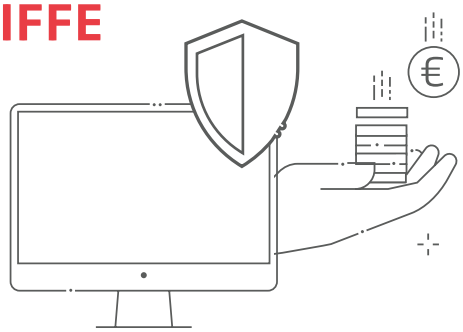
Sabine Griebsch ist Chief Digital Officer des Landkreises Anhalt-Bitterfeld.

Welche Änderungen hat der Landkreis nach dem Angriff unternommen?
Zunächst haben wir unsere Systeme wieder grundlegend zum Laufen gebracht. Inzwischen funktionieren etwa 95 Prozent der Systeme wieder, auch wenn es noch an einigen Stellen knirscht. Erst im zweiten Schritt konnten wir uns um ein neues IT-Konzept kümmern und die Sicherheitsarchitektur optimieren. Dabei haben wir vor allem die Datensicherung und die sichere Software-Übertragung verbessert. Inzwischen haben wir auch eine Netzwerksegmentierung und eine Multi-Faktor-Authentifizierung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter implementiert. Insgesamt hat der Wiederaufbau über ein Jahr gedauert und rund zwei Millionen Euro gekostet.

Was geben Sie uns mit auf den Weg?
Erstens, hart bleiben: Die Verwaltung darf nicht erpressbar sein, entsprechend haben wir das geforderte Geld nicht überwiesen. In Sekundenschnelle war man sich einig: Die öffentliche Hand wird keine Lösegeldforderungen bedienen. Zweitens ist Resilienz für mich das Schlüsselwort: Nach einem Angriff muss die Verwaltung zügig ins Handeln kommen können. Dafür müssen im Vorhinein Prozesse definiert sein, Wiederaufbaupläne und Leitfäden einer Krisenkommunikation müssen quasi in der Schublade liegen. Drittens rate ich Landkreisen zu mehr Zusammenarbeit. So könnten Mitarbeitende im Fall eines Angriffs übergangsweise an Arbeitsplätzen in der Nachbarkommune weiterarbeiten, damit die wichtigsten Bürgerdienstleistungen wie die Auszahlung von Sozialgeld und BAföG unterbrechungslos verfügbar sind – alles andere wäre ein herber Schlag für unsere Demokratie und das Vertrauen in Staat und Verwaltung.

KOSTEN DER CYBERANGRIFFE

2 MIO. EURO



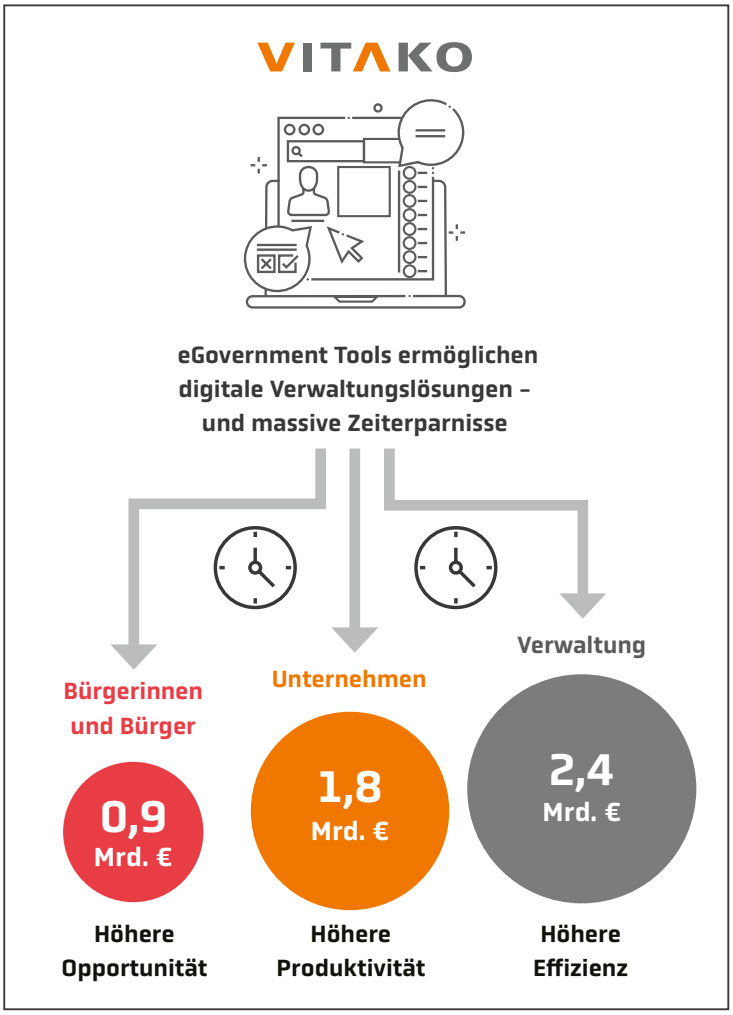
IMPACT DER VERWALTUNGS-DIGITALISIERUNG

Im Auftrag von VITAKO hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erstmals den Mehrwert der kommunalen IT-Dienstleister für Deutschland umfassend berechnet. Ein Gespräch mit Hanno Kempermann, Geschäftsführer von IW Consult, und Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer von VITAKO.

Herr Dr. Resch, Herr Kempermann, was sind die Kernergebnisse der Studie?

Dr. Ralf Resch: Aus meiner Sicht sind zwei Aspekte besonders relevant. Erstens: Schon heute sparen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen durch digitale Verwaltungsprozesse über 5 Milliarden Euro pro Jahr ein. Sie schonen ihre Nerven und müssen für viele Dinge wie die Kfz-Anmeldung oder den neuen Reisepass nicht mehr aufs Amt eilen. Diese finanzielle und zeitliche Entlastung ist angesichts der multiplen Krisen, die wir zu meistern haben, von enormer Bedeutung. Zweitens ist eine digitale Verwaltung eine funktionierende Verwaltung, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das zahlt unmittelbar auf die Wertschätzung für unseren demokratischen Rechtsstaat ein.

Hanno Kempermann: Das kann ich nur unterstützen und wird von der Studie auch genauso bestätigt. Und dann gibt es noch eine weitere Ebene, die mehr umfasst als die Bestellung des Personalausweises per Online-Klick oder komfortable Visums-Anträge für Mitarbeitende: Wer die Verwaltung digitalisiert, gibt Impulse, die Wirtschaft und Gesellschaft in neue Sphären katapultieren können! So setzen die Kommunen in Schweden konsequent auf digitale Verfahren, sie öffnen ihre digitalen Datenschätze und ermöglichen damit völlig neue Geschäftsmodelle. Rund um Stockholm und Malmö sehen wir heute Startup-Ökosysteme, die einen enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert bieten.



Quelle: IW, 2022

REGIONALAUSGABE

LECOS

I VOR ORT
ITOF 2022

II MEDIENERZIEHUNG
DISPLAYS FÜR KITAS

III ROLLOUT-PROZESS
BEDARF IM FOKUS

IV SCAN-CENTER
ERNEUT ZERTIFIZIERT

EFA-MARKTPLATZ UND VERWALTUNGS-CLOUD: LECOS AUF DEM ITOF 2022

„Gemeinsam digital erfolgreich“: Unter dieser Überschrift trafen sich Behörden der Landes- und Kommunalverwaltung des Freistaates Sachsen Anfang September auf dem IT- und Organisationsforum (ITOF) in Dresden. Auch Lecos war vor Ort vertreten.

Im Fokus stand die bürgerfreundliche, digitale Verwaltung der Gegenwart und Zukunft. In Fach- und Impulsvorträgen sowie im Rahmen der begleitenden Ausstellung diskutierten die Teilnehmenden aktuelle Themen der Verwaltungsdigitalisierung, etwa digital-taugliche Bearbeitungsprozesse, digitale Souveränität, Informationssicherheit und natürlich auch das Online-Zugangsgesetz (OZG).

EINKAUF VON EFA-LEISTUNGEN IN SACHSEN

Als ein Akteur bei der Umsetzung des OZG in Sachsen ist Lecos Partner sowohl in regionalen als auch überregionalen Projekten, die eine Vereinfachung der digitalen Beantragung von Verwaltungsleistungen für Bürger und Wirtschaft zum Ziel haben. Eines ist die Mitwirkung an der Entwicklung eines Marktplatzes für Eine-für-Alle-Lösungen im Rahmen der govdigital. Der IT-Planungsrat hat die Genossenschaft mit der Umsetzung des Marktplatzes beauftragt, da sie aufgrund ihrer Struktur die Möglichkeit der Inhouse-Vergabe durch ihre kommunalen Träger hat. Sie erreicht bundesweit eine große Reichweite in die Kommunen.

Gemeinsam mit Martin Schallbruch, CEO der govdigital, stellte Lecos-Geschäftsführer Sebastian Rauer den EfA-Marktplatz auf dem ITOF vor und erläuterte, wie der Einkauf von EfA-Leistungen für Kommunen in Sachsen abgebildet werden kann. Als Mitglied der govdigital ist Lecos gegenüber der Genossenschaft inhousefähig und kann eingekaufte EfA-Leistungen an ihre Tochter KOMM24 weiterverkaufen. Über den KOMM24-Gesellschafter Zweckverband KISA können sächsische Mitgliedskommunen diese Leistungen nun vergaberechtskonform direkt erwerben. Die Vorteile dieses Vorgehens liegen in der vergleichsweise niedrigen Bürokratieschwelle sowie darin, dass bereits vorhandene Lösungen nachgenutzt werden. Das senkt die kommunalen Kosten für die ohnehin gesetzlich vorgeschriebene Umsetzung des OZG.

ZUKUNFTSMUSIK? VERWALTUNGSLÖSUNGEN AUS DER CLOUD

Ziel des EfA-Marktplatzes ist es, sich als zentraler Marktplatz für digitale Leistungen in der öffentlichen Verwaltung zu etablieren. Mit diesem Fokus beteiligte sich Lecos-Geschäftsführer Peter Kühne

Unser Lecos-Team auf der ITOF.

an der Podiumsdiskussion „Cloud in der Verwaltung – Fluch oder Segen?“ Er vertrat dabei die Position, dass cloud-basierte Lösungen eine große Chance für die kommunale IT sind. Es muss den kommunalen Dienstleistern jetzt gelingen, dieses Marktsegment für die öffentliche Verwaltung zu besetzen – auch wenn Themen wie Datenschutz und Digitale Souveränität dabei große Herausforderungen darstellen. Lecos arbeitet gemeinsam mit anderen kommunalen IT-Akteuren aktiv an der Cloud-Strategie der govdigital und der erforderlichen technischen Basis mit. Aus Sicht der govdigital ist es zielführend, den EfA-Marktplatz und die Verwaltungscloud perspektivisch zusammenzuführen.

MEDIENERZIEHUNG IN DER KITA

Die Stadt Leipzig und Lecos statten die Kindergärten in kommunaler Trägerschaft mit interaktiven Displays aus. Ziel ist es, Medienerziehung frühzeitig und zielgerichtet in den Kindergartenalltag zu integrieren.

Riechen, Schmecken, Hören, Sehen und Fühlen: Sinneserfahrungen wie diese sind für die kindliche Gehirnbildung grundlegend. Sie haben in den Konzepten von Kindertagesstätten deshalb völlig zu Recht einen hohen Stellenwert. In einer medialen, hochtechnologisierten Welt wie der unseren ist es aber auch wichtig, Kindern in altersgerechter Weise sensibel und behutsam Kompetenzen im Umgang mit Medien zu vermitteln. Medienerziehung im Kindergarten kann da die primäre Medienerziehung innerhalb der Familie sinnvoll ergänzen.

Mit interaktiven Displays will die Stadt Leipzig künftig die Vorschularbeit in den städtischen Kitas unterstützen. Ziel ist es, die Medienkompetenz der Kinder zu fördern und sie stark zu machen, für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Medien.

Diesem Ansatz folgend wird die Lecos GmbH im Auftrag des Amts für Jugend und Familie der Stadtverwaltung Leipzig die 53 Kindergärten in städtischer Trägerschaft im November mit je einem interaktiven 65-Zoll-Display ausstatten. Insbesondere für die Vorschularbeit soll die Technik zum Einsatz kommen. Lern-Apps wie ANTON, ANTOLIN oder LÜK werden auf den Systemen ebenso bereitstehen wie die Waldfibel oder Inhalte aus der Sendung mit der Maus.

Mit der Waldfibel-App etwa können die Kinder mit ihren pädagogischen Fachkräften – als Ergänzung zu praktischen Erfahrungen in der Natur – einen interaktiven Waldspaziergang unternehmen und dabei nicht nur Waldbewohner aufspüren, sondern auch Baumarten bestimmen und Wissen über die Waldregeln erwerben. ANTOLIN wiederum kann zum Einsatz kommen, um das Hör-Verstehen zu trainieren, indem die Vorschüler/-innen Fragen zu einer gemeinsam gelesenen Geschichte oder einem Buch beantworten.

„Wir möchten dem pädagogischen Personal die Möglichkeit geben, Medienerziehung aktiv in den Kindergartenalltag zu integrieren", erklärt Vicky Felthaus, Bürgermeisterin für Jugend, Schule und Demokratie der Stadt Leipzig. „Kinder kommen heute immer früher in Kontakt mit Medien. Wir wollen einen kindgerechten und verantwortungsbewussten Umgang damit befördern – vorsichtig und in enger Abstimmung mit den Eltern."

Damit sich das Fachpersonal in den Kindergärten nicht mit der Technik allein gelassen fühlt, unterstützt sie das Medienpädagogische Zentrum (MPZ) mit einem Fachkonzept. Es soll Anregungen dazu geben, wie die Vermittlung von Medienkompetenz ganzheitlich in den pädagogischen Kontext des Kindergartenalltags integriert werden kann. Im Vordergrund steht dabei die Lernform Spiel. Sie hilft den Kindern, Medienerlebnisse aktiv zu verarbeiten und auch mit Medien durch Ausprobieren und Erleben zu lernen. Ergänzend erhalten die Erzieherinnen und Erzieher Schulungen – vom MPZ zur Medienarbeit im Kindergarten, von Lecos zum Umgang mit der Technik. Die technische Betreuung der Geräte wird von der Lecos verantwortet.

Über die Medienerziehung hinaus können die interaktiven Displays auch für die Personalarbeit in den Kindergärten genutzt werden. Auf den großen Monitoren lassen sich beispielsweise Präsentationen in Dienstberatungen abbilden. Auch die Teilnahme an Online-Schulungen für die Pädagogen ist möglich. Das spart Zeit und den Anfahrtsweg zu externen Schulungsorten.

„Wir sind überzeugt, eine gute Entscheidung getroffen zu haben – für Kinder und Personal. Es ist natürlich auch ein Ausprobieren dabei. Aber gut begleitet, ist die Medienarbeit für das Leben und Lernen sowohl der Vorschul- als auch der anderen Kindergartenkinder eine Bereicherung", sagt Vicky Felthaus.

DIE NUTZENDEN IM FOKUS: BEDARFS-ORIENTIERTES TECHNIK-ROLLOUT IN KOMMUNALEN ÄMTERN

Im Auftrag der Stadt Leipzig hat die Digitale Werkstatt von Lecos den Prozess des kommunalen Technik-Rollouts neu gedacht: An die Stelle eines hoch-standardisierten Austauschs aller Hard- und Softwaresysteme ist nun ein bedarfsorientiertes Vorgehen getreten.

Fast 20 Jahre lang war für Lecos ein konsequent durchgesetzter IT-Lifecycle-Zyklus Grundlage für das Technik-Rollout in der Stadtverwaltung Leipzig: Hard- und Software wurden im Fünf-Jahres-Rhythmus getauscht – standardisiert über alle Ämter und Referate hinweg mit den gleichen Endgeräten und derselben Standardsoftware. Der Fokus lag auf der Vereinfachung des sehr komplexen Rollout-Prozesses.

Eine sich im Wandel befindliche Arbeitskultur in der Stadtverwaltung und damit einhergehend veränderte Anforderungen an Technik und Sicherheit waren ausschlaggebend dafür, den Rollout-Prozess zu betrachten und neu zu denken. Ende 2020 beauftragten Lecos und die Abteilung IT-Koordination der Stadt Leipzig die Digitale Werkstatt von Lecos damit, dieses Vorhaben umzusetzen.

Mit Hilfe des Design-Thinking-Ansatzes und anderen Methoden aus dem agilen Baukasten hat das Team das Projekt mit dem Titel „Der IT-Arbeitsplatz der Zukunft" in die drei Phasen Research, Entwicklung und Umsetzung unterteilt und eine umfangreiche Vorgehensstrategie entwickelt.

Im Kern der Research-Phase im ersten Quartal 2021 stand die Ermittlung des tatsächlichen Technikbedarfs. In ämter- und hierarchieübergreifenden Anforderungsworkshops mit circa 120 Mitarbeitenden aus 14 Ämtern sollte ein möglichst differenziertes Bild der IT-Arbeitslandschaften in der Stadtverwaltung entstehen. Es sollte im direkten Dialog mit den Nutzer/-innen aufgezeigt werden, wo Standards sinnvoll sind und Synergien erzeugen können beziehungsweise wo individuelle Lösungen zielführender sind.

Der Beginn der Corona-Pandemie verbunden mit dem ersten harten Lockdown stellte alle Beteiligten vor erhebliche Herausforderungen in der Zusammenarbeit, führte allerdings auch ebenso drastisch wie praktisch vor Augen, was mobile und digitale Arbeit bedeutet – eine Kernanforderung an zukünftige Hard- und Softwaresysteme der kommenden Rollouts.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen starteten crossfunktionale Teams aus IT-Fachleuten von Stadtverwaltung und Lecos sowie Führungskräften in Begleitung der Digitalen Werkstatt in eine etwa einjährige Entwicklungsphase. Diese als Möglichkeitenraum betitelte Phase wurde genutzt, um zunächst die Fach- und Führungskräfte für die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer zu sensibilisieren, also um ein Problemverständnis zu entwickeln, sowie um Zusammenhänge und Abhängigkeiten zu identifizieren.

Außerdem entstanden nutzerbasierte Use Cases und darauf aufbauend sogenannte Minimum Viable Products, kurz MVP. Mit Hilfe dieser Methode wurde mit geringem Aufwand eine minimale, prototypische Dienstleistung mit den wichtigsten Kernfunktionen entwickelt.

Lecos und Stadt Leipzig haben ihr Rollout-Konzept für Hard- und Software neu organisiert. Ab 2023 verfolgen die Partner für die Ausstattung der Verwaltungsarbeitsplätze kein standardisiertes, sondern ein bedarfs- und aufgabenorientiertes Vorgehen.

Sie wird zur Gewinnung von Kunden- oder Anwenderfeedback genutzt, um das Risiko zu minimieren, an Kundenanforderungen vorbeizuentwickeln. In iterativen Schleifen wurde das „Produkt" bis zur Zufriedenheit „geschliffen".

Ergebnis dieser intensiven Arbeit ist ein übergreifendes, nutzer- und aufgabenzentriertes Gesamtkonzept, das anstelle des starren lifecycle-basierten Rollouts ein modulares Vorgehen vorsieht. Statt des „Einer-für-alle"-Standards erhalten die Mitarbeitenden Hard- und Software, die auf ihre spezifischen Arbeitsaufgaben zugeschnitten ist.

Dafür wurde zunächst je ein mobiler und ein stationärer Standard-Rechner festgelegt. Dieser kann durch eine Zahl an vordefinierten Technik- und Software-Bundles individuell an die aufgabenbasierten Bedürfnisse der Verwaltungsmitarbeitenden angepasst werden – nicht in festen Zyklen, sondern wenn es erforderlich ist. Dadurch werden nachträgliche Einzellösungen, die den Überblick über den Bestand an Technik und Lizenzen erschweren, vermieden und es wird ein insgesamt besserer, zielgerichteter und schnellerer Service möglich.

„Der neue Ansatz berücksichtigt die sehr unterschiedlichen Arbeitsaufgaben in den Ämtern und die daraus resultierenden, differierenden Anforderungen an die Arbeitsplatztechnik. Mitarbeitende in der Branddirektion haben einfach völlig andere Aufgaben als Mitarbeitende im Verkehrs- und Tiefbauamt oder im Referat Kommunikation", erklärt Rebekka Alpermann von der Digitalen Werkstatt. „Diese Unterschiede können wir mit dem neuen Vorgehen auffangen. Wir balancieren damit stetig auf dem schmalen Grat zwischen Individualisierung und Standardisierung."

Derzeit befindet sich Lecos gemeinsam mit der Stadtverwaltung Leipzig in der Vorbereitungsphase. Ab 2023 soll das „neue Rollout" dann tatsächlich in die Fläche gehen. Alle Bemühungen zielen darauf ab, langfristig eine höhere Zufriedenheit der Nutzerinnen und Nutzer mit ihrer technischen Ausstattung zu erreichen. „Das geht bei mehreren Tausend Arbeitsplätzen natürlich nicht von heute auf morgen", sagt Rebekka Alpermann. „Aber wir gehen damit einen wichtigen Schritt in Richtung IT-Arbeitsplatz der Zukunft."

LECOS-SCAN-CENTER ERNEUT NACH TR-RESISCAN ZERTIFIZIERT

Im Jahr 2019 wurde das Lecos-Scan-Center erstmals BSI-zertifiziert. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationssicherheit bestätigte damit, dass das Scan-Center die strengen Kriterien der Technischen Richtlinie für ersetzendes Scannen (TR-03138), kurz TR-RESISCAN, vollumfänglich erfüllt. Für diesen Standard konnte sich Lecos nun erneut qualifizieren.

Die TR-RESISCAN definiert innerhalb des Scan-Prozesses alle relevanten Schritte und Abläufe von der Vorbereitung des Dokuments über die Registrierung und das Scannen bis hin zur Qualitäts- und Integritätssicherung. Sie sichert so die grundlegende Beweiswerterhaltung von Digitalisaten. Dies ist insbesondere für die öffentliche Verwaltung von großer Bedeutung.

11.500 Seiten und 1.500 Dokumente werden täglich im Lecos-Scan-Center digitalisiert. Es erfüllt die strengen Kriterien der BSI-Richtlinie TR-RESISCAN.

Im Lecos-Scan-Center werden derzeit Eingangspost, Rechnungen, aber auch Akten für die Stadtverwaltung Leipzig, die Stadt Chemnitz und die Oper Leipzig digitalisiert. Dabei handelt es sich um ein tägliches Scanvolumen von 11.500 Seiten und 1.500 Dokumenten.

ZERTIFIZIERUNG DREI JAHRE GÜLTIG

Die Zertifizierung besitzt eine Gültigkeit von drei Jahren. Sie muss dann im Zuge eines umfangreichen Audits erneuert werden. Dabei werden die technisch umgesetzten Prozesse geprüft und jeder Prozessschritt im Scan-Center durch eine/-n Auditor/-in nachvollzogen. Um die Zertifizierung zu erhalten, werden zudem die Rahmenbedingungen betrachtet, insbesondere die Absicherung der Räume, in denen gescannt wird, die generelle Sicherung der dazugehörigen Infrastruktur und die Einhaltung der Informationssicherheit.

IMPRESSUM

Lecos GmbH
Prager Straße 8
04103 Leipzig
Tel. +49 341 25 38-618
E-Mail: kommunikation@lecos.de
www.lecos.de

V. i. S. d. P.: Peter Kühne und Sebastian Rauer, Geschäftsführer; Redaktion: Manuela Kaspar, Philipp Nilgen; Bildnachweise: Lecos GmbH (S. I, IV,) Oksana Kuzmina/Adobe Stock (S. II), NDABCREATIVITY/AdobeStock (S. III)

Die Impactstudie steht zur Verfügung unter:
www.vitako.de/handreichungen

Wie kann die Verwaltungsdigitalisierung hierzulande Fahrt aufnehmen?

Kempermann: Ich denke, dass wir auf einer gesellschaftlichen Ebene dringend mehr Offenheit für digitale Lösungen brauchen. In Deutschland wird sehr schnell und sehr vehement dargestellt, warum Dinge nicht gehen. Insbesondere der Datenschutz wird – aus meiner Sicht fälschlicherweise in dieser Blockade-Ausprägung – immer wieder ins Feld geführt. Dabei zeigen beispielsweise die baltischen und skandinavischen Länder, dass Datenschutz und Datennutzung keinen Widerspruch darstellen. In Deutschland kommt eine Risikoaversion hinzu, insbesondere in den Verwaltungen. Das ist verständlich – aber dennoch brauchen wir mehr Mut, große Digitalisierungsprojekte umzusetzen. Wobei das natürlich keine einfache Aufgabe ist. In der Privatwirtschaft werden dabei immer wieder viele Millionen Euro in den Sand gesetzt. Die Unternehmen machen dennoch weiter. Warum? Weil sie wissen, dass sie ohne digitale Lösungen keine Zukunftsperspektiven haben.

Dr. Resch: Dazu muss man aber auch sagen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen und Behörden einem anderen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sind. Der Umgang mit öffentlichen Geldern ist sensibel. Umso wichtiger ist es, dass wir nach dem Scheitern des OZG die richtigen Rahmenbedingungen setzen und die Verwaltungsdigitalisierung effizient anpacken. Wir müssen endlich eine verlässliche Finanzierung sicherstellen. Wir müssen die Bedürfnisse der Kommunen viel stärker als bisher einbeziehen und eine tragfähige Arbeitsteilung aller Beteiligten erreichen. Und wir brauchen einen Masterplan, der den konkreten Nutzen der Verwaltungsdigitalisierung in den Mittelpunkt stellt. Als VITAKO haben wir dazu umfassende Vorschläge erarbeitet.

Können Sie schon etwas über die Wirkung der Studie sagen?

Dr. Resch: Ich habe eben den Rechtfertigungsdruck erwähnt, unter dem Angestellte der öffentlichen Hand stehen. Deshalb ist es von unschätzbarem Wert, dass wir mit der Studie den Mehrwert der digitalen Verwaltung mit harten Zahlen herausstellen können: Für jeden Euro Wertschöpfung, den die kommunalen IT-Dienstleister erzielen, spart die Gesellschaft zusätzlich rund 3,29 Euro ein. Investitionen in die Verwaltungsdigitalisierung helfen, Ressourcen einzusparen – insbesondere Steuergelder. Mit der Studie verleihen wir unseren Positionen bei den anstehenden Haushaltsberatungen nun ein anderes Gewicht. Das ist auch dringend notwendig. Angesichts der dramatisch steigenden Bedrohungslage auf die Kritische Infrastruktur ist der immaterielle Wert resilienter Verwaltungsprozesse gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Kempermann: Dieser Effekt würde mich wirklich sehr freuen! Wir müssen bei der Verwaltungsdigitalisierung endlich mehr PS auf die Straße bringen und damit klar absehbare Wohlstandsgewinne erzielen. Das Thema haben wir in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Und wenn ich auf das Scheitern des OZG schaue, das mit großem Tamtam angekündigt wurde, denke ich: Der nächste Versuch, Deutschlands Verwaltung in die digitale Zukunft zu bringen, der muss sitzen – andernfalls versinken wir noch ins melancholische Nichtstun!

Dr. Ralf Resch ist Geschäftsführer von VITAKO.

Hanno Kempermann ist Geschäftsführer von IW Consult.

SERIE

WAS LERNEN WIR AUS DER KRISE?

Daten in Kommunalverwaltungen sind wertvoll und müssen geschützt sein. Die kommunalen IT-Dienstleister tragen dafür Sorge. Was für Szenarien denkbar sind, wie sich Kommunen vorbereiten können und wie VITAKO seine Mitglieder unterstützt, erklärt Peter Kühne, Geschäftsführer von Lecos und Leiter der PG Krisenszenarien bei VITAKO, im Interview.

TEIL 1
BEREIT FÜR DIE ZUKUNFT?

TEIL 2
AUS DER PANDEMIE LERNEN

TEIL 3
UNTERSTÜTZUNG FÜR GEFLÜCHTETE UKRAINER

TEIL 4
CYBERANGRIFF AUF SCHWERIN

TEIL 5
VITAKO PG KRISENSZENARIEN

„ES PASSIEREN DIE UNWAHRSCHEINLICHSTEN DINGE."

Herr Kühne, an welche Krisenszenarien denken die kommunalen IT-Dienstleister?

Da gibt es zum einen die klassischen Katastrophenszenarien wie Brand, Sturm oder ein akuter Stromausfall. Um hier abgesichert zu sein, gibt es in der Regel ein Backup in einem zweiten Rechenzentrum an einem anderen Standort. Dort können die Mitarbeitenden weiterarbeiten, wenn auch etwas eingeschränkt. Zum anderen haben wir das Thema Cyberangriffe. Die Bedrohung für kommunale IT nimmt hier ohne Zweifel zu, und man kann sich nur bedingt dagegen schützen. Wenn sich die Schadsoftware schon ins Backup ausgebreitet hat, weil sie nicht entdeckt wurde, kann das alles lahmlegen. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet das im Ernstfall, dass Verwaltungsleistungen nicht mehr verfügbar sind oder ihre Daten abgegriffen werden – aus meiner Sicht ein wirklich ernstes Thema.

Peter Kühne ist Geschäftsführer von Lecos und Mitglied im VITAKO-Vorstand.

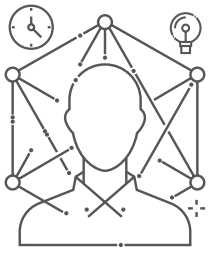
Sie leiten die PG Krisenszenarien von VITAKO. Was sind Inhalte der PG?

Wir wollen der zunehmenden Bedeutung des Themas Rechnung tragen und für mehr Austausch sorgen. In der Arbeitsgruppe sitzen diejenigen, die in ihrem Unternehmen konkret für Krisenmanagement zuständig sind. In einem ersten Schritt haben wir geclustert, welche potenziellen Krisen vorstellbar sind. Das ist sehr dynamisch, wie man in den letzten Monaten gesehen hat. Ich denke nur an das Thema Stromausfall: Bislang fühlen sich viele IT-Dienstleister recht sicher, sie haben ja Notstromaggregate über Dieselbetrieb. Aber reicht es noch aus, einen Notbetrieb für 24 oder 30 Stunden aufrecht erhalten zu können oder sollten wir nicht eher an 72 Stunden denken? Was ist mit einem partiellen Stromausfall, also: Zwei Stunden fällt der Strom aus, dann ist er wieder für ein paar Stunden da, dann fällt er wieder aus, und das über mehrere Tage? Eine völlig neue Situation, die bisher noch nie durchdacht worden ist.

Zudem wollen wir voneinander lernen. Das klingt in Zeiten hoher Transparenz zunächst banal, aber: Über Krisenszenarien zu sprechen, die man womöglich nur mit Glück oder einem blauen Auge überstanden hat, das ist heikel. Die PG bietet einen einzigartigen Rahmen, in dem wir uns wirklich vertrauensvoll austauschen können. Wie kam es zur Krise? Wie wurde reagiert? Wie hätte man sich besser vorbereiten können? So machen wir uns gegenseitig auf mögliche Gefahren aufmerksam und können gegenseitig von Lösungsstrategien lernen.

Was sind weitere Ziele der PG-Arbeit?

Vorweg: Selbstverständlich hat jeder kommunale IT-Dienstleister seine eigenen Konzepte und Sicherheitsstrategien. Viele sind BSI-zertifiziert und machen einen ausgezeichneten Job. Was aber fehlt, sind einheitliche Linien und eine Handreichung, die möglichst aktuelle Szenarien aufgreift: Was ist denkbar? Was sind erste Schritte nach einem Vorfall?



ÜBER 30 MITGLIEDER IN DER PG KRISENSZENARIEN VON VITAKO

Wo können Kommunen konkrete Hilfe erhalten? Und wie kommuniziert man am besten nach außen?

Was hat Sie persönlich dazu bewegt, sich als Leiter der PG zu engagieren?

Ich glaube, alle Verantwortlichen bei kommunalen IT-Dienstleistern kennen – ebenso wie ich – dieses unbestimmte, mulmige Gefühl in der Magengegend, wenn sie an mögliche Vorfälle im Zusammenhang mit der betriebenen IT-Infrastruktur denken. Wir können diesen vorbeugen; sie zu 100 Prozent verhindern können wir nicht. In meinen über 30 Jahren in der kommunalen IT habe ich die unwahrscheinlichsten Dinge erlebt. Ich erinnere mich an einen Fall in einem Rechenzentrum, in dem die Schallwellen der Sirenen mit den Festplatten in der Serverfarm resoniert und sie zerstört haben. So etwas kann man sich nicht ausdenken. Als Informatiker mit Herzblut bin ich mir dieser Unberechenbarkeit bewusst und zeitgleich von ihr fasziniert. Ich habe mich deshalb auch über viele Jahre im Katastrophenstab der Stadt Leipzig engagiert und konnte mich als Leiter der PG natürlich noch viel intensiver mit dem Thema auseinandersetzen.

ucloud

Der sichere Cloud-Dienst!

Dokumente zentral verwalten und teilen.
Mit der ucloud, dem persönlichen und mobilen Datenspeicher aus dem zertifizierten Rechenzentrum der regio iT.

ucloud.regioit.de regio iT

EURITAS: EUROPÄISCHE CLOUD JETZT VORANTREIBEN

Verwaltungen quer durch Europa werden in den kommenden Jahren mit zahlreichen Leistungen in die Cloud umziehen. Das hat viele Vorteile – wirft aber auch drängende Fragen auf.

Wie steht es um den Datenschutz? Wie verhindern wir neue Abhängigkeiten von einzelnen Konzernen und gewährleisten eine souveräne Infrastruktur? Ich bin davon überzeugt: Angesichts dramatischer Herausforderungen auf sicherheits-, wirtschafts- und sozialpolitischer Ebene ist die Bedeutung des Themas kaum zu überschätzen. In den kommenden Monaten kommt es darauf an, eine europäische Cloud-Struktur zu definieren, die den europäischen Werten und Zielen entspricht.

CLOUD-ANWENDUNGEN MIT VORTEILEN

Cloud-Lösungen entwickeln sich auch in den Verwaltungen zu einer Selbstverständlichkeit. Zwei Vorteile stechen aus meiner Sicht besonders hervor. Erstens Resilienz: Wer Cloud-Lösungen nutzt, kann seine Anwendungen und Dienste im Notfall schnell transferieren – die nötige Interoperabilität zwischen den jeweiligen Cloud-Anbietern vorausgesetzt. Zweitens Wirtschaftlichkeit: Cloud-Lösungen bieten erhebliches Potenzial für Standardisierung und Skalierung. Clouds liefern schnell zusätzliche Rechnerkapazität genau dann, wenn sie gebraucht wird, ohne dass man diese selbst vorhalten muss. Aspekte, die in den Kommunen eine immer größere Rolle spielen werden.

SOUVERÄNITÄT UND DATENSCHUTZ IN GEFAHR

Schöne heile Welt also? Leider nein. Der europäische Cloud-Markt wird derzeit von fünf Anbietern aus den USA und China dominiert, die zusammen einen Marktanteil von 75 Prozent auf sich vereinen. Das ist gefährlich. Bringen sich Verwaltungen in Abhängigkeit einzelner Anbieter, können sie zum Beispiel im Fall eines Handelskrieges von wesentlichen Support-Leistungen oder den Diensten komplett abgeschnitten werden. Aus meiner Sicht mindestens ebenso wichtig ist das Thema Datensicherheit. Europas Verwaltungen arbeiten mit vielen Millionen sensiblen, oft personenbezogenen Daten. Diese müssen sicher und vor dem Zugriff Dritter geschützt gespeichert werden – viele Services außereuropäischer Cloud-Anbieter sind allerdings nicht mit der DSGVO vereinbar.

Dr. Ralf Resch ist Geschäftsführer von VITAKO und Präsident von EURITAS.

LÖSUNG: EUROPÄISCHES NETZWERK AUFBAUEN UND STANDARDS FESTLEGEN

Ich denke, dass wir unser Mindset ein wenig verändern sollten. Ja, außereuropäische Konzerne dominieren derzeit den Cloud-Markt. Ebenso richtig ist aber auch, dass Europa heute schon über erhebliche Ressourcen verfügt, die es zu nutzen und zu aktivieren gilt. Alle EU-Länder verfügen über öffentliche IT-Dienstleister, auch wenn sie teilweise sehr unterschiedliche Unternehmensfirmierungen aufweisen. Was liegt näher, als über diese Akteure der öffentlichen Hand ein grenzüberschreitendes Netzwerk von Cloud-Infrastrukturen zur gemeinsamen Nutzung aufzubauen! Sie bieten eine einmalige Unabhängigkeit gegenüber außereuropäischen Anbietern. Sie kennen den Bedarf der Verwaltungen und können bedarfsgerechte Dienste anbieten. Hier schlummert ein erhebliches Potenzial. Worauf es nun ankommt: Wir brauchen EU-weite Standards für die Interoperabilität sowie einen Rahmen für die Zusammenarbeit. Die EU-Kommission ist gefordert, ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Wenn das gelingt, sind wir einen großen Schritt in Richtung digitaler Souveränität weiter.

MINDESTANFORDERUNGEN FÜR MULTI-CLOUD-STRATEGIE DEFINIEREN

Dieses Cloud-Netzwerk ist dafür prädestiniert, Kernbestandteil einer Multi-Cloud-Strategie zu sein, die auch rein private

Anbieter wie Microsoft, Amazon oder Google einbezieht. Es wäre realitätsfern und widerspräche allen wettbewerbspolitischen Geboten, darauf zu verzichten. Allerdings: Nehmen Verwaltungen Dienste privater Public-Cloud-Anbieter in Anspruch, haben diese Mindestanforderungen nachweislich zu erfüllen. Drei Themen stechen dabei in besonderer Weise hervor:

- **DSGVO:** Die Daten sind im Einklang mit der DSGVO zu speichern und zu nutzen. Einheitliche Standards müssen in der EU bindend sein. Der Punkt ist nicht verhandelbar.
- **Drittstaaten:** Die Übermittlung von Daten in Drittstaaten darf nur auf Basis eines Angemessenheitsbeschlusses der EU-Kommission erfolgen.
- **Cybersicherheit:** Damit Verwaltungen jederzeit Datensicherheit garantiert werden kann, müssen strenge europäische Cybersicherheitsrichtlinien eingehalten werden. Die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickelt ein Cybersicherheits-Zertifizierungssystem für Cloud-Dienste, das nach seiner Veröffentlichung zu einer zentralen Säule in diesem Bereich werden sollte.

Zusammenfassend: Europas Verwaltungen brauchen sichere und unabhängige Cloud-Lösungen. Öffentliche IT-Dienstleister sind die ersten Ansprechpartner. Werden private hinzugezogen, müssen Mindestanforderungen greifen, die im EU-Cloud-Regelwerk festzulegen sind. EURITAS – die Allianz europäischer öffentlicher IT-Dienstleister – forciert das Thema seit einigen Monaten und hat jüngst Handlungsempfehlungen erarbeitet. Als Präsident von EURITAS freue ich mich darauf, gemeinsam mit den Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus ganz Europa, die Diskussionen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten weiter zu intensivieren.

FÜHRUNGSKRÄFTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST ZU CLOUD-LÖSUNGEN

Befragungsergebnisse unter 364 Führungskräften des öffentlichen Dienstes aus sechs Ländern, darunter Deutschland

83% stimmen zu, dass die Cloud Innovationen und neue Geschäftsmodelle fördert.

80% stimmen zu, dass die Cloud analytische Kompetenz stärkt und Routineaufgaben sowie Wartungsarbeiten reduziert.

72% erwarten, dass sich ihr Bedarf an Rechnerkapazität in den nächsten zwei bis drei Jahren mehr als verdoppeln wird.

Quelle: Accenture, 2021

EURITAS-Positionspapier zur Cloud-Nutzung
Mehr unter: https://bit.ly/Euritas_Cloud

DEUTSCHE VERWALTUNGSCLOUD

GOVDIGITAL ERPROBT KOORDINIERUNGSSTELLE

Mit der Nutzung von Cloud-Plattformen kann sich die Verwaltung resilienter und agiler aufstellen. Gleichzeitig bieten viele Hersteller ihre Lösungen nicht mehr on-premise an. Mit der vom IT-Planungsrat beschlossenen Deutschen Verwaltungscloud-Strategie (DVS) soll die Cloud-Transformation der öffentlichen Verwaltung vorangebracht und gleichzeitig die digitale Souveränität der deutschen Verwaltung gestärkt werden. Jetzt geht es an die Umsetzung.

Im Auftrag des Bundesinnenministeriums entwickelt die Genossenschaft der öffentlichen IT-Dienstleister – govdigital – ein Minimal Viable Product (MVP) für die künftige Koordinierungsstelle der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie (DVS). Ziel ist es, die Konzepte der AG-Cloud des IT-Planungsrates zu erproben und weiterzuentwickeln. Das DVS-Rahmenwerk fußt auf drei Kernelementen: den Cloud-Standorten bei den öffentlichen IT-Dienstleistern, dem Cloud-Service-Portal und einer zentralen Koordinierungsstelle. Letztere soll für die Anbindung der verschiedenen Cloud-Anbieter an die Verwaltungscloud und die übergreifende Nutzung von Cloud-Diensten in der gesamten deutschen Verwaltung sorgen.

Martin Schallbruch ist CEO der govdigital eG.

ZIEL SIND ERSTE BUCHBARE SERVICES

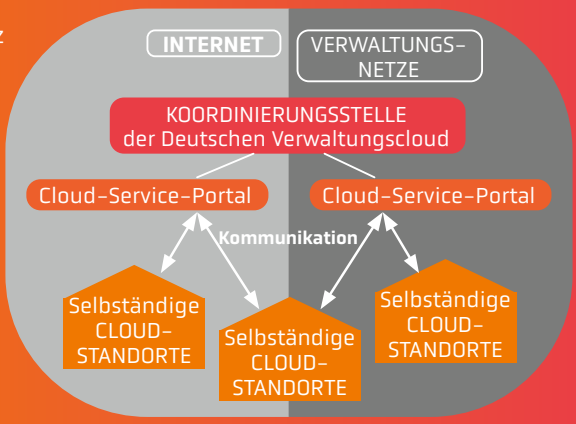
Beim Aufbau der Strukturen der Deutschen Verwaltungscloud profitieren wir von den Erfahrungen anderer übergreifender Projekte der govdigital, insbesondere dem Marktplatz für EfA-Leistungen. Ziel des aktuellen Projekts ist es, ein Portfolio erster buchbarer Services aufzustellen, die über die reichweitenstarke Inhouse-Kette der govdigital bezogen werden können. In dem Projekt geht es auch darum, die Beschaffungs- und Nutzungsprozesse zu etablieren und zu erproben, Musterverträge auszugestalten sowie ein Identity- und Access-Management für das Cloud-Service-Portal aufzubauen.

Der MVP ist der erste Schritt zur Deutschen Verwaltungscloud. Die Erfahrungen und Ergebnisse sollen Anfang 2023 dazu dienen, die nächsten Entscheidungen des IT-Planungsrats zum Aufbau der Verwaltungscloud vorzubereiten. Als govdigital ist uns dabei wichtig, die mit dem EfA-Marktplatz begonnene operative Arbeitsteilung und Zusammenarbeit der öffentlichen IT-Dienstleister weiter auszubauen.

Weitere Informationen:
www.govdigital.de

ÜBERGREIFENDER AUFBAU DER DEUTSCHEN VERWALTUNGSCLOUD

govdigital bringt Kompetenz und Knowhow der öffentlichen IT-Dienstleister in das Projekt ein: Gemeinsam mit den Mitgliedsunternehmen AKDB, Dataport, ekom21, Governikus, IT.NRW, KDO und Komm.ONE haben wir ein Team aufgestellt, das bis Anfang 2023 das Projekt durchführt.



DURCHSTARTEN

INNOVATIV & FLEXIBEL: ONLINEDRUCKER ERLEICHTERT TEAMWORK

Ob Flyer für das nächste Stadtjubiläum, Infobroschüren für KMUs oder Wegweiser für Schülerinnen und Schüler – Verwaltungen erstellen eine Vielzahl an Printmaterialien, die regelmäßig aktualisiert und nachbestellt werden müssen. Das Startup Printkit kann diesen Prozess erleichtern.

Das Stichwort ist Print-on-Demand. Unternehmen oder Verwaltungen können in einem eigenen, passwortgeschützten Shop ihre Print-Produkte sammeln und selbst aktualisieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten individuelle Zugangsberechtigungen und können Änderungen an den Druckdaten vornehmen wie zum Beispiel einzelne Seiten aktualisieren, die Seitenreihenfolge ändern oder eine andere Papierstärke wählen. Druckprojekte können zudem gemeinsam gesichtet, bearbeitet und kommentiert werden – eine große Erleichterung für die Arbeit im Team. Eine 3D-Vorschau vereinfacht die Konfiguration, und Papierstärken sowie weitere Druckspezifikationen sind bereits hinterlegt. Der Druck kann selbstständig ausgelöst werden.

Plus für die Umwelt: Print-on-Demand bedeutet weniger Überproduktion, da auch kleine Mengen ohne großen Aufwand gedruckt werden können – und steht damit für mehr Nachhaltigkeit. Auch Papiersorten, Druckverfahren und Strombezug bei Printkit genügen höchsten Umweltschutzstandards.

Weitere Informationen: https://printkit.app/

---

krz
Kommunales Rechenzentrum
Minden-Ravensberg/Lippe

DER WEG IN DIE KOMMUNE 4.0

→ Gemeinsame Strategie im krz-Verband
→ Beratung zur Digitalisierung
→ Umfassende Services zur Umsetzung

www.krz.de

CYBERSICHERHEIT: KOMMUNEN ANGEMESSEN UNTERSTÜTZEN

VITAKO HERBSTEMPFANG 2022 MIT HOCHKARÄTIGEN GÄSTEN

Die Gefahr von Cyberattacken – insbesondere auf deutsche Verwaltungen und Ämter – wächst vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges erheblich. Um Gegenkonzepte voranzutreiben und den Austausch zu forcieren, hat VITAKO seinen Herbstempfang Mitte Oktober dem Thema Cybersicherheit gewidmet. Panelteilnehmer waren Johann Saathoff, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Andreas Könen, Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit im BMI, Manuel Atug, Gründer und Sprecher der AG KRITIS, Lars Hoppmann, Geschäftsleiter Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe sowie Dr. Ralf Resch, VITAKO Geschäftsführer.

Zwei Aspekte wurden besonders intensiv diskutiert. Erstens die Kritische Infrastruktur (KRITIS): Würde die kommunale Verwaltungs-IT als KRITIS eingestuft, gälten verbindliche Sicherheitsvorschriften, die regelmäßig zu überprüfen wären. Das wäre gut, erfordert aber auch entsprechende Ressourcen. Zweitens der Föderalismus: Aktuell ist es dem Bund untersagt, Kommunen rund um das Thema Cybersicherheit zu unterstützen. So darf das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik selbst im Katastrophenfall – siehe die Cyberattacke auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld 2021 – nur äußerst begrenzt Hilfe leisten. Die Panelteilnehmer waren sich einig, dass dieser Zustand unhaltbar ist und eine Grundgesetzänderung erfordert.

„IT-Sicherheit ist Grundvoraussetzung der heutigen digitalen Verwaltung und Gemeinschaftsaufgabe aller beteiligten Akteure.“ Dr. Ralf Resch

Mit dem Herbstempfang – an dem über 50 Personen teilgenommen haben – konnte VITAKO ein weiteres Mal wesentliche Akteure aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammenbringen und Lösungsoptionen für eines der drängendsten Themen ausloten. VITAKO und das BMI wollen zum Thema KRITIS im Gespräch bleiben.

oben: Das Panel des Herbstempfangs (v.l.n.r.): Andreas Könen, Abteilungsleiter Cyber- und Informationssicherheit im BMI, Manuel Atug, Gründer und Sprecher der AG KRITIS, Johann Saathoff, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Lars Hoppmann, Geschäftsleiter krz, Dr. Ralf Resch, VITAKO Geschäftsführer

unten: Manuel Atug von der AG KRITIS im Gespräch auf dem VITAKO Herbstempfang.

VITAKO-STELLENMARKT

vitako.berlin/stellenmarkt

ALLE FREIEN STELLEN IN MITGLIEDSUNTERNEHMEN AN EINEM ORT.

Bei kommunalen IT-Dienstleistern entwickeln Sie die öffentliche IT der Zukunft in einer modernen, mitarbeiterbezogenen Arbeitsatmosphäre.

VON TRAINEE BIS IT-DIREKTOR: ATTRAKTIVE STELLEN IN DER KOMMUNALEN IT.

VITAKO

REGIO IT MIT NEUEM TECHNISCHEN GESCHÄFTSFÜHRER

Mit Dr. Stefan Wolf hat die regio iT zum 1. Oktober 2022 einen neuen Technischen Geschäftsführer. Gemeinsam mit Dieter Rehfeld und Dieter Ludwigs wird er die Geschäfte der regio iT leiten – bis 30. Juni 2023 in einer Dreierspitze, anschließend verabschiedet sich Dieter Rehfeld in den Ruhestand.

Dr. Stefan Wolf ist gelernter Betriebswissenschaftler und Wirtschaftsinformatiker. Der 54-Jährige hatte in den vergangenen Jahren unterschiedliche Führungspositionen in IT-Unternehmen inne. Insbesondere durch seine letzte Tätigkeit als Geschäftsführer der Informationsverarbeitung Leverkusen GmbH bringt er umfassende Expertise für die Arbeit eines kommunalen IT-Dienstleisters mit.

Dr. Stefan Wolf ist neuer Technischer Geschäftsführer bei regio iT.

EGOVERNMENT MONITOR 2022 ERSCHIENEN

NUTZUNGSLÜCKE DEUTSCHLAND

57%

Die Initiative D21 und die TU München haben den aktuellen eGovernment Monitor vorgestellt. Die Ergebnisse sind deutlich: Der Bedarf an Verwaltungsleistungen wird in Deutschland mehrheitlich noch nicht digital gedeckt, die Nutzungslücke liegt bei 57 Prozent. Innerhalb der DACH-Region bildet Deutschland das Schlusslicht.

Hierzulande wird nach wie vor der analoge Weg bevorzugt. Ausnahme: Die Einkommensteuererklärung und Terminvergaben werden bereits zu 70 Prozent per Online-Zugang ermöglicht. Die Nutzerzufriedenheit variiert je nach Online-Verwaltungsleistungen stark. Problematisch: Die Frustration von Nutzerinnen und Nutzern stieg im Vergleich zu den Vorjahren, in einigen Bundesländern waren die Nutzungszahlen sogar rückläufig. Eine komplizierte Abwicklung wurde dabei als größte Hürde benannt.

Zum ganzen Bericht: https://bit.ly/egovernment-monitor

NEUE HANDREICHUNG FÜR KOMMUNEN ZUR SMART CITY

Wie können Kommunen digitale Lösungen nutzen, um den Wandel hin zur ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu bewältigen? Das Bauinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung bietet mit seiner Handreichung entsprechende Orientierung und unterstützt Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter bei der digitalen Transformation. Die Handreichung liefert den Kommunen eine Schritt-für-Schritt-Anleitung, um eine eigene Smart-City-Strategie zu entwickeln. Zahlreiche Praxisbeispiele und Arbeitshilfen erhöhen die Nutzerfreundlichkeit.

Zur Handreichung: https://bit.ly/Digitale_Stadt_gestalten

Martin Kuban, Matthias Drexelius, Björn Brede (v.l.n.r.) bilden die Geschäftsführung von ekom21. (© ekom21)

EKOM21 FÜHRUNGSSPITZE KOMPLETT

Mit Dipl.-Ing. Martin Kuban ist die Geschäftsführung bei ekom21 komplett. Seit Juli 2022 übernimmt er gemeinsam mit Matthias Drexelius und Björn Brede die Leitung der Geschäfte des größten kommunalen IT-Dienstleisters in Hessen.

Martin Kuban ist gelernter Software-Entwickler und kein Unbekannter für das Unternehmen: Er war bereits als Geschäftsführer des Tochterunternehmens „Softplan-Slovakia" tätig und begleitete mehrere Softwareentwicklungsprojekte der ekom21. Insbesondere durch seine Expertise im Bereich moderner Programmier- und Entwicklungswerkzeuge bringt er die nötige Kompetenz und langjährige Erfahrung für diese Aufgabe mit.

DIE ELEKTRONISCHE WOHNSITZ-ANMELDUNG

DIGITAL UMMELDEN NACH DEM UMZUG

Jährlich ziehen in Deutschland circa 5,5 Millionen Menschen um. Dabei darf das Ummelden, neben dem allgemeinen Umzugsstress, nicht untergehen. Vierzehn Tage stehen einem zur Verfügung, um sich an dem neuen Wohnort anzumelden. Bisher war dafür ein Termin im Amt notwendig, bei dem diverse Unterlagen vorgelegt und gegebenenfalls eine Bearbeitungsgebühr gezahlt werden musste. Dies stellt besonders für viele Berufstätige einen vermeidbaren zeitlichen Mehraufwand dar. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zusammen mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) im Rahmen des OZG ein Pilotprojekt gestartet, welches es Bürger:innen ermöglicht, sich zukünftig gebührenfrei über eine elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA) umzumelden. Nach der Pilotphase 2023 soll der Dienst schrittweise auf alle Bundesländer und weitere Anwendungsfälle ausgeweitet werden. Aktuell können sich nur volljährige, alleinstehende Personen ohne Kinder online ummelden, wobei der Umzug innerhalb von Hamburg stattgefunden haben muss.

GESTALTUNG/BEDIENKOMFORT

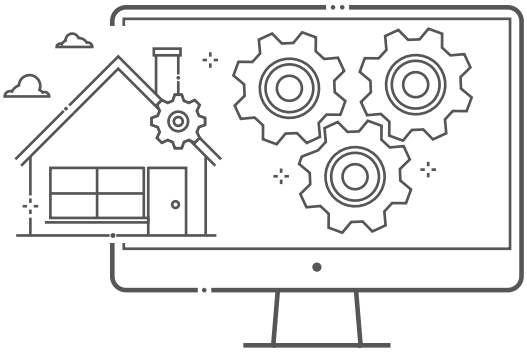
Für die Nutzung des Onlinedienstes ist ein Servicekonto Plus notwendig. Dabei ist im Gegensatz zu dem normalen Servicekonto zusätzlich eine Verifikation der Identität mit dem elektronischen Personalausweis nötig. Nach der Anmeldung erhält man Einsicht in die eigenen im Melderegister gespeicherten Daten und kann die neue Adresse angeben. Um zu bestätigen, dass man an der angegebenen Adresse wohnt, wird dorthin postalisch ein Code verschickt. Gibt man den Code im Onlinedienst ein, erhält man direkt seine durch ein elektronisches Siegel fälschungssichere Meldebestätigung und ist offiziell umgemeldet. Im letzten Schritt wird auch die Adresse auf dem Personalausweis angepasst: Dafür muss der Ausweis an das Smartphone gehalten werden, um die elektronisch gespeicherten Daten mit dem gängigen Übertragungsstandard NFC zu aktualisieren, während die alte Adresse mit einem speziellen Aufkleber, den man per Post zugeschickt bekommt, überklebt wird.

ANWENDBARKEIT

Die Anwendung steht nur auf Deutsch zur Verfügung. Es gibt die oben angegebene Webseite, die Fragen beantwortet und ein Video, welches den Ablauf schrittweise erklärt. Dieses Video kann alternativ mit Gebärdensprache abgerufen oder durch eine kurze Anleitung in leichter Sprache ersetzt werden.

Wohnsitz elektronisch anmelden: https://www.wohnsitzanmeldung.de/

Rosemarie Bähne ist Mitarbeiterin beim Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS).



Nutzen			
Innovationsgrad	3	★ ★ ★	Der Termin im Amt wird für die Bürger:innen eingespart. Dennoch sind immer noch bis zu 10 Tage Bearbeitungszeit einzuplanen.
Einbindung in den Verwaltungsprozess	4	★ ★ ★ ★	Es gibt 2 Medienbrüche (postalische Zusendung von Code und Aufkleber). Die Zustellung des Codes ist allerdings ein einfacher Weg, um sicherzustellen, dass die Adresse stimmt. Ebenso kann der Sticker für den Personalausweis nur postalisch und nicht digital zugesandt werden.
Gestaltung			
Niedrigschwelliger Zugang	2	★ ★	Es sind viele Voraussetzungen nötig, um die Leistung in Anspruch nehmen zu können: Man benötigt einen gültigen Personalausweis mit Online-Funktion und PIN, ein NFC-fähiges Smartphone mit runtergeladener AusweisApp2 und als Mieter:in eine Wohnungsgeberbestätigung in digitaler Form.
Intuitive Bedienbarkeit	3	★ ★ ★	Der Anmeldeprozess für das Servicekonto gestaltet sich nicht besonders intuitiv. Im Selbstversuch ist es notwendig, sich mehrmals nacheinander zu identifizieren. Die Leistung ist im Serviceportal nicht schnell auffindbar.
Ansprechendes Design	5	★ ★ ★ ★ ★	Das Design ist kontrastreich (entscheidend z.B. für seheingeschränkte Menschen) und wirkt professionell.
Mehrere Sprachen	3	★ ★ ★	Der Dienst selbst ist nur auf Deutsch verfügbar. Die Informationswebseite bietet zudem eine Version in Gebärdensprache und einfacher Sprache an.
Fehlerfreie Bedienung	4	★ ★ ★ ★	Viele Fragen werden auf der Informationswebseite beantwortet. Es wird immer ein Kontakt zu einem Kundenzentrum angeboten.
Inhalte			
Informationsgehalt	5	★ ★ ★ ★ ★	Alle nötigen Informationen sind in angemessenem Umfang vorhanden oder verlinkt.
Zielgruppenorientierung	4	★ ★ ★ ★	Die Anwendung richtet sich an alle Bürger:innen, die volljährig sind. Die Anwendung ist grundsätzlich zielgruppenorientiert gestaltet, insbesondere für deutschsprachige Personen.
Aktualität und Pflege	5	★ ★ ★ ★ ★	Aktuell. Die Anwendung befindet sich noch im Ausbau.
Barrierefreiheit			
Erklärung zur Barrierefreiheit		☑	Das Serviceportal Hamburg verfügt über eine Barrierefreiheitserklärung.
Feedback-Mechanismus		☑	Die Möglichkeit für Feedback besteht per Mail-Kontakt.

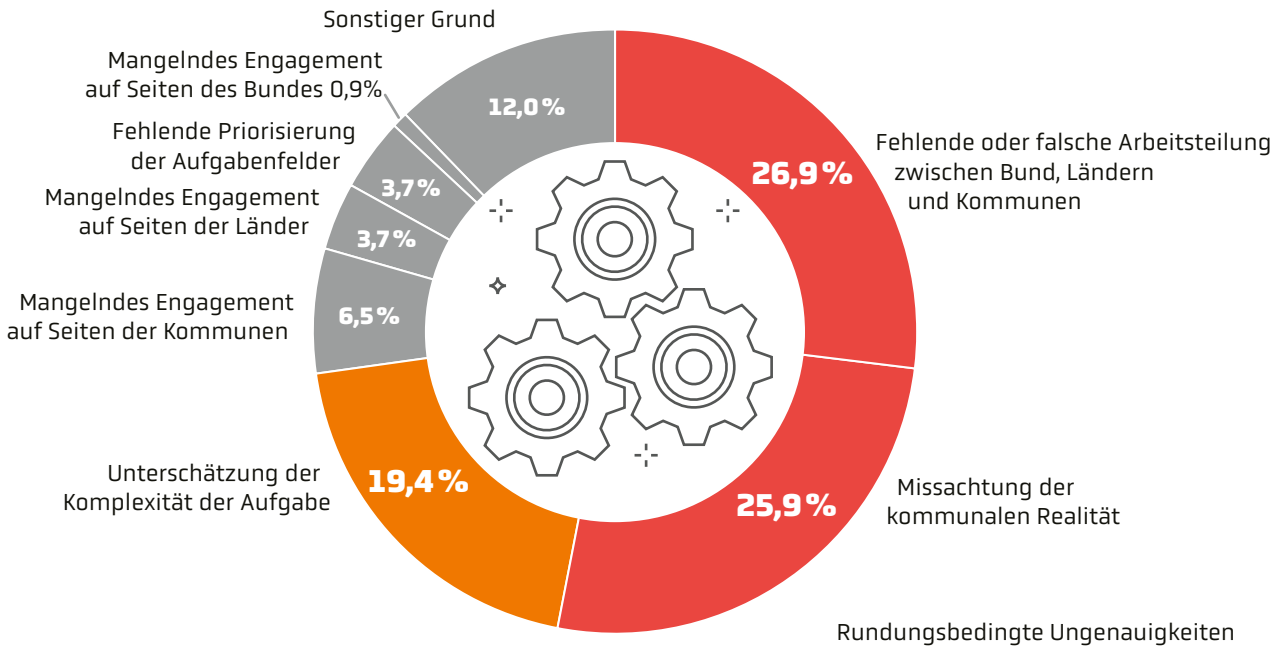
Notenstufen von 1 (schlecht) bis 5 (am besten); ☑ = vorhanden; ☐ = nicht vorhanden

OZG AUS SICHT DER KOMMUNALEN IT-DIENSTLEISTER

Die Ziele des OZG werden 2022 weitestgehend gerissen. Um die Verwaltungsdigitalisierung in den kommenden Monaten endlich erfolgreich vorantreiben zu können, ist eine Rückschau unerlässlich: Woran hat es besonders gehapert? In welchen Bereichen sind wir besser, in welchen weniger gut vorangekommen? Um Lehren zu ziehen und Verbesserungen zu initiieren, haben wir die VITAKO-Mitglieder im Oktober 2022 befragt.

TOP-3-FEHLER BEIM OZG

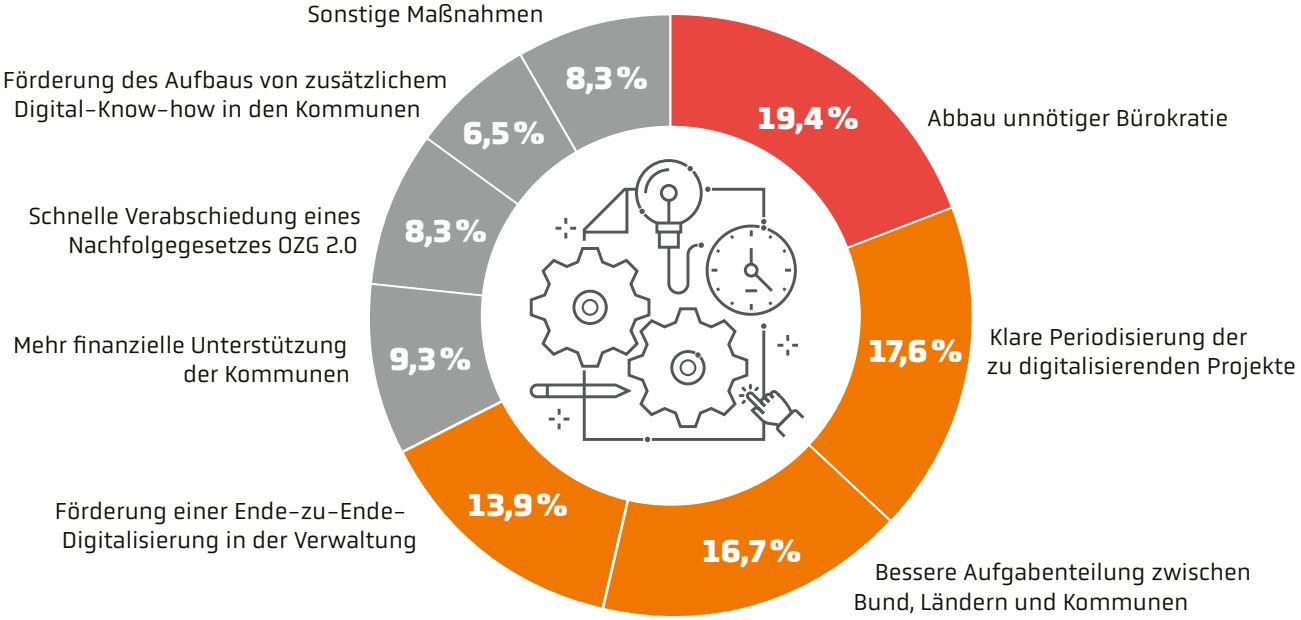
Was ist der wesentliche Grund für das Scheitern der OZG-Umsetzung bis Ende 2022?



Die Umfrage wurde vom Marktforschungsunternehmen Hiestermann & Frömchen GmbH durchgeführt.

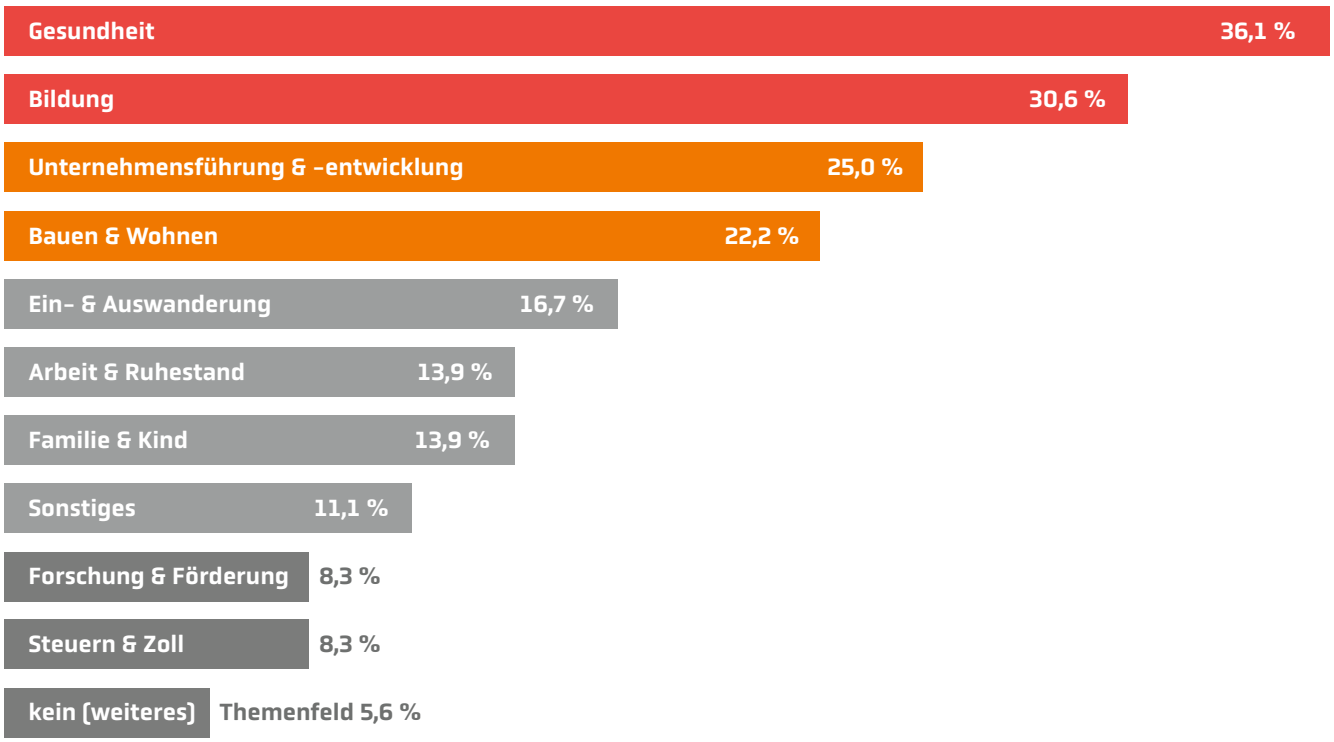
KÖNIGSWEG NICHT IN SICHTWEITE

Durch welche Maßnahme könnte bzw. sollte die Verwaltungsdigitalisierung einen neuen Schub erhalten?



GESUNDHEITSBEREICH MIT DEN GRÖSSTEN DEFIZITEN

Bitte benennen Sie zwei Themenfelder, in denen das OZG bislang besonders ungenügend umgesetzt wurde.



TERMINE

8. – 9. Dezember 2022, Berlin

DIGITALGIPFL DER BUNDESREGIERUNG

https://bit.ly/Digital_Gipfel

12. – 15. Dezember 2022, Remote

IT-TAGE 2022

https://www.ittage.informatik-aktuell.de

Herausgeber:
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e. V.
Charlottenstr. 65
10117 Berlin
Tel. 030/20 63 15 60
E-Mail: aktuell@vitako.de
www.vitako.de

V. i. S. d. P.: Dr. Ralf Resch

Redaktion, Gestaltung: Köster Kommunikation

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Druck: triggermedien, Berlin

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben / Jahr, Auflage: 5.000

Autoren und Mitwirkende dieser Ausgabe:
Rosemarie Bähne, Fraunhofer-Institut; Dr. Rolf Beyer, KDO; Patrick Burghardt, Hessischer Staatssekretär; Sabine Griebsch, Landkreis Anhalt-Bitterfeld; Daniel Heck, Rohde & Schwarz; Hanno Kempermann, IW Consult; Peter Kühne, Lecos; Diana Martinic, dataport.kommunal; Jan-Hendrik Reese, krz; Dr. Ralf Resch, VITAKO; Martin Schallbruch, govdigital; Oliver Stepputat, dataport.kommunal; Thorsten Wunderlich, DIHK

Bildnachweise:
Titel: beeboys – stock.adobe.com; S. 4, 9 Porträt: HMinD; S. 4, 11 Porträt: Nils Hasenau; S. 5 rechts: Sera Z. Kurc für VITAKO; S. 13 Porträt: Paul Hiller; S. 14 Porträt links: www.ingasommer.de, rechts: Marco Prosch; S. 21 Gorodenkoff - stock.adobe.com; S. 23 vegefox.com - stock.adobe.com; S. 24 Porträt: www.oleheinrich.com; S. 26 Sera Z. Kurc für VITAKO; S. 27 Jooost | Photocase.de; S. 29 unten: ekom21; S. 30 Fraunhofer FOCUS; S. 34 leungchopan – stock.adobe.com

Hinweis:
VITAKO aktuell erscheint zusätzlich mit drei Regionalausgaben: krz, Lecos, regio iT. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige VITAKO-Mitglied.

ISSN 2194-1165

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich VITAKO diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

DIE NÄCHSTE „VITAKO AKTUELL“ ERSCHEINT IM MÄRZ 2023.

dataport kommunal

Die Kommune der Zukunft ist digital - und souverän.

Wir unterstützen Sie.

www.dataport-kommunal.de

Aber sicher, ich arbeite in der AKDB-Cloud!

Der Aufwand für Kommunen, Cyberbedrohungen und Ransomware dauerhaft erfolgreich zu trotzen, steigt stetig. Gut, wenn die eigenen Verwaltungsdaten im Rechenzentrum der AKDB liegen. Hoch verfügbar und sicher.

www.akdb.de

AKDB